

}essentials{

Sarah Wagner
L. Constantin Wurthmann

Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)

Eine politikwissenschaftliche
Einordnung

OPEN ACCESS



Springer VS

essentials

Essentials liefern aktuelles Wissen in konzentrierter Form. Die Essenz dessen, worauf es als „State-of-the-Art“ in der gegenwärtigen Fachdiskussion oder in der Praxis ankommt. *Essentials* informieren schnell, unkompliziert und verständlich

- als Einführung in ein aktuelles Thema aus Ihrem Fachgebiet
- als Einstieg in ein für Sie noch unbekanntes Themenfeld
- als Einblick, um zum Thema mitreden zu können

Die Bücher in elektronischer und gedruckter Form bringen das Fachwissen von Springerautor*innen kompakt zur Darstellung. Sie sind besonders für die Nutzung als eBook auf Tablet-PCs, eBook-Readern und Smartphones geeignet. *Essentials* sind Wissensbausteine aus den Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften, aus Technik und Naturwissenschaften sowie aus Medizin, Psychologie und Gesundheitsberufen. Von renommierten Autor*innen aller Springer-Verlagsmarken.

Sarah Wagner ·
L. Constantin Wurthmann

Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)

Eine politikwissenschaftliche
Einordnung

Sarah Wagner 
Queen's University Belfast
Belfast, Großbritannien

L. Constantin Wurthmann 
MZES
Universität Mannheim
Mannheim, Deutschland



ISSN 2197-6708
essentials

ISSN 2197-6716 (electronic)

ISBN 978-3-658-48041-7

ISBN 978-3-658-48042-4 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-48042-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde gefördert durch Universität Mannheim.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2025 . Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

Open Access Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor*in(nen) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des/der betreffenden Rechteinhaber*in einzuholen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

*„Der Zufall geht Wege, da kommt die
Absicht gar nicht hin“ – Diesen Zufällen,
die auch uns als Autoren und Freunde
zueinander geführt haben, widmen wir
dieses Buch.*

Danksagung Als wir im Juni 2023 erstmals, gemeinsam mit unserem Kollegen Jan Philipp Thomeczek, eine Studie vorgelegt haben, in der wir die Wählerinnen- und Wählerpotenziale für eine mögliche Sahra Wagenknecht Partei untersucht haben, war uns nicht klar, dass die tatsächliche Gründung der neuen Partei bereits im vollen Gange war. Darauf folgte eine wissenschaftlich und publizistisch durchaus spannende Zeit. Wir sind unseren Partnern, unseren eigenen Familien, den Familien unserer Partner, Freundinnen und Freunden, Mentorinnen und Mentoren, Kolleginnen und Kollegen dankbar für die Unterstützung, die wir fortwährend durch sie erfahren. Wir sind dankbar dafür, auf ein so stabiles Netzwerk toller Menschen setzen zu können, die uns durch das Leben tragen. Insbesondere die Ermutigung, dieses kompakte Werk zu schreiben, hat uns immer wieder darin bestätigt, dass zumindest unsererseits vielleicht doch noch das eine oder andere, neue oder gar nicht so neue zu sagen sein könnte.

Wir danken Robert Pausch und Kerstin Palzer, die mit uns ihre Einschätzung zu einer Reihe von Themen geteilt haben. Journalismus und Wissenschaft haben zwei unterschiedliche Sichtweisen, die wir, so stellen wir immer wieder fest, als wunderbare Bereicherung empfinden.

Danken möchten wir auch führenden Mitgliedern des BSW, die sich für inhaltliche Rückfragen, insbesondere zur Parteisatzung, zur Verfügung gestellt haben.

Unser besonderer Dank gilt Dr. Jan Treibel vom Verlag Springer VS, der von Anfang an von unserer Idee für dieses *essential* überzeugt war und uns auch dann mit großer Flexibilität unterstützt hat, als sich unerwartet eine Neuwahl ergab und Anpassungen am Konzept erforderlich wurden.

Competing Interests Die Autor*innen haben keine für den Inhalt dieses Manuskripts relevanten Interessenkonflikte.

Was sie in diesem *essential* finden können

- Überblick und Einführung in das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) von vor Parteigründung bis nach der Bundestagswahl 2025
- Eine ideologische Verortung und Analyse der Partei
- Detaillierte Darstellung einer großen Anzahl von Studien zum Profil der Wählerinnen und Wähler des BSW
- Eine Beschreibung und Analyse des ersten BSW-Parteivorstands und Hintergrundinformationen zum BSW-Führungspersonal
- Eine Bewertung über die künftigen Potenziale des BSW

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Das Bündnis Sahra Wagenknecht im deutschen Parteiensystem	5
2.1	Eine ideologische Verortung der Partei	5
2.2	Positionen des BSW zur Bundestagswahl 2025	8
2.3	Einstellungen und Motive der BSW-Wahl vor der Bundestagswahl 2025	12
3	Parteienfamilie	15
4	Parteiorganisation: Parteivorstand und Parteisatzung – Persönliche Loyalitäten und Hierarchische Struktur	21
5	Wahlergebnisse: Europawahl 2024, Landtagswahlen 2024 und die Bundestagswahl 2025	33
6	Fazit und Ausblick	39
	Was Sie aus diesem essential mitnehmen können	43
	Literatur	45

Einleitung

1

Mit Gründung des *Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit* (BSW) ging ein politisches Beben durch Deutschland. Bereits seit Jahren gab es Spekulationen über eine mögliche Abspaltung ausgehend von Sahra Wagenknecht, die innerhalb der Partei Die Linke zunehmend ihren eigenen Flügel innerhalb der Parteiorganisation in Stellung brachte (Träger, 2019). Was jahrelang als Gerücht kursierte (siehe Wagner et al., 2023), wurde im Januar 2024 Realität: Sahra Wagenknecht, eine der polarisierendsten Persönlichkeiten der deutschen Politik, hat den endgültigen Bruch mit ihrer bisherigen politischen Heimat, der Partei Die Linke, vollzogen. Die Entstehung des BSW ist mehr als nur eine neue Parteigründung – sie ist das Ergebnis eines jahrelangen Machtkampfs, ideologischer Auseinandersetzungen und persönlicher Konflikte, die sich immer weiter zugespitzt haben (Träger, 2020; Maurer, 2025). Wagenknecht wagt damit den Schritt in die völlige Eigenständigkeit und fordert dadurch nicht nur ihre ehemalige Partei heraus, sondern das gesamte politische System der Bundesrepublik Deutschland. In der Tat könnte die neue Partei die politische Landschaft Deutschlands auf lange Sicht verändern, wenngleich der Einzug in den Bundestag im ersten Anlauf nicht gelungen ist.

Früher das Aushängeschild des Kommunismus in Deutschland – auch bedingt durch ihre Mitgliedschaft in der „Kommunistischen Plattform“ (Jesse & Lang, 2012) – wurde Wagenknecht von innerparteilichen Kritikerinnen und Kritikern innerhalb der Linken zunehmend mit einer rechten Grundhaltung assoziiert, die als mit der Partei unvereinbar galten. Ihre Kritik an der Ausrichtung der Linken, insbesondere an deren Fokussierung auf Themen wie gendersensible Sprache, offene Grenzen und Identitätspolitik, führte zu immer schärferen Konflikten mit der Parteispitze. Vor allem ihre migrations- und asylpolitischen Ansichten rücken

sie zu dieser Zeit in die Nähe des (rechts-)konservativen Spektrums und eines Populismus, der, laut einigen Beobachtern, „frösteln lässt“ (Hujer, 2017, S. 35).

Für Wagenknecht und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer hingegen steht zweifelsohne fest: Die Linke hat den Kontakt zu ihrer Kernwählerschaft verloren. Wagenknecht wirft der Partei vor, sich mit „Lifestyle Linken Themen“ von den sozialen und wirtschaftlichen Nöten der Menschen zu entfernen und stattdessen Themen in den Vordergrund zu stellen, die für die breite Masse der Wählerinnen und Wähler kaum von Relevanz seien (Wagenknecht, 2022). Ein erster Versuch, sich von ihrer Partei zu lösen und eine breitere Bewegung ins Leben zu rufen, erfolgt 2018 mit der Gründung von „Aufstehen“ (Maurer, 2025).

Diese Sammlungsbewegung soll Menschen aus verschiedenen politischen Lagern vereinen und eine neue Kraft im linken Spektrum schaffen. Doch das Experiment scheitert. „Aufstehen“ wird von organisatorischen Herausforderungen geprägt und kann weder politisch noch gesellschaftlich Bedeutung erlangen. Was als große Vision begann, endet in Ernüchterung. Dennoch dient „Aufstehen“ als Testlauf und belegt für Wagenknecht, dass ein Bedarf für eine alternative politische Kraft unter ihrer Führung besteht – wenn sie strategisch besser aufgestellt ist. Daher darf diese Erfahrung, bei der Wagenknecht insbesondere auch an sich selbst und der Fähigkeit scheitert, eine Bewegung zu organisieren, durchaus als prägend für ihren weiteren politischen Weg verstanden werden (Rucht, 2019).

Auch nach dem Scheitern von „Aufstehen“ bleiben die Spannungen zwischen Wagenknecht und ihrer Partei sichtbar. Bei der Bundestagswahl 2021 offenbart sich der vorläufige Absturz der Partei: Mit nur 4,9 Prozent der Stimmen verpasst Die Linke beinahe den Einzug in den Bundestag und rettet sich nur aufgrund von drei gewonnenen Direktmandaten in das Parlament. Ein Grund für den Absturz der Partei sind innerparteiliche Konflikte, die zu Unsicherheiten bei Wählerinnen und Wählern führen. Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass insbesondere die Reaktionen der Parteispitze auf innerparteiliche Auseinandersetzungen ein entscheidender Faktor für Wahlerfolge sind (Duell et al., 2023). Öffentlich ausgetragene Dispute zwischen dem Wagenknecht-Flügel und der Linken-Parteispitze führen zu Stimmen- und Vertrauensverlusten. Weitere Aussagen Wagenknechts, im Rahmen der russischen Invasion in der Ukraine, führen zu weiteren Auseinandersetzungen und sogar Forderungen nach einem Parteiausschluss Wagenknechts (BR, 2022).

Die Gründung des BSW markiert nicht nur den endgültigen Bruch Wagenknechts mit ihrer ehemaligen Partei, sondern auch den Beginn eines neuen politischen Projekts, welches die traditionellen Kategorien von „links“ und „rechts“ bewusst hinter sich lassen will (Wagner et al., 2023). Das BSW setzt

auf eine Mischung aus sozialpolitischer Umverteilung und konservativer Gesellschaftspolitik. Es spricht gezielt Wählerinnen und Wähler an, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlen – Menschen, die einerseits soziale Sicherheit und wirtschaftliche Gerechtigkeit fordern, andererseits aber auch eine klare Haltung in Fragen der Migration und Rückkehr zu mehr nationaler Souveränität wünschen (Steiner & Hillen, 2024).

Diese Kombination macht das BSW zu einer einzigartigen Erscheinung in der deutschen Parteienlandschaft und zu einer der wenigen linkskonservativen Ausnahmen westeuropäischer Parteiensysteme. Für Wagenknecht selbst ist das neue Bündnis jedoch weit mehr als ein politisches Experiment. Es ist der Versuch, ihren politischen Überzeugungen endlich eine unabhängige Plattform zu verschaffen, die frei von den Kompromissen einer gespaltenen Partei wie der Linken ist – an deren Zerstrittenheit Wagenknecht zweifelsohne aber selbst über Jahrzehnte mitgewirkt hat. Mit der offiziellen Gründung des BSW hat Wagenknecht eine Organisation geschaffen, die stark auf sie als Person zugeschnitten ist. Ob es Wagenknecht gelingt, ihre Vision, die in den vier Grundsätzen des BSW – „Wirtschaftliche Vernunft, Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit“ – zusammengefasst ist, in langfristige Wahlerfolge nach der Bundestagswahl 2025 umzusetzen, bleibt abzuwarten. Klar ist aber: Das BSW stellt eine Herausforderung für die etablierten Parteien dar, sowohl links als auch rechts der Mitte (Heckmann et al., 2025; Jankowski, 2024).

Das vorliegende Buch, welches als kompakte Einführung in die Entstehung und Einordnung des BSW bis zur Bundestagswahl 2025 dienen soll, ist wie folgt strukturiert. In Kap. 2 werden wir zunächst die ideologische Verortung des BSW einführen. Dabei geht es einerseits um das deutsche Parteiensystem (Abschn. 2.1), andererseits die konkreten Positionen der Partei in ihrem Wahlprogramm (Abschn. 2.2), bevor wir auf die Motive der BSW-Wahl aus Sicht der Bevölkerung in Deutschland detaillierter eingehen (Abschn. 2.3). In Kap. 3 beleuchten wir systematisch, inwiefern das BSW eine für Westeuropa außergewöhnliche Positionierung einnimmt und welche Gemeinsamkeiten sich allerdings im Abgleich mit mittel- und osteuropäischen Parteiensystemen ergeben. In Kap. 4 gehen wir auf den Aufbau der Parteiorganisation ein. Hierbei beschreiben wir die personelle Konfiguration des ersten Parteivorstands und werden ausführlicher auf die Person Sahra Wagenknecht eingehen. Mit der Analyse der Parteisatzung, in der Aufbau und Willensbildungsprozesse innerhalb des BSW formalisiert dargelegt werden, sind wiederum strukturelle Komponenten des Parteaufbaus nachvollziehbar. In Kap. 5 werden die Wahlergebnisse bei der Europawahl 2024, bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2024 und der Bundestagswahl 2025 in den Vordergrund gerückt. Insbesondere hinsichtlich der Bundestagswahl 2025 ordnen

wir Wahlkampf und erste Implikationen aus dem Wahlergebnis ein, bevor wir in Kap. 6 zu einem Fazit kommen, welches wir mit einem Ausblick auf die weitere Entwicklung der Partei abrunden werden.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Das Bündnis Sahra Wagenknecht im deutschen Parteiensystem

2

2.1 Eine ideologische Verortung der Partei

Das deutsche Parteiensystem hat sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 als vergleichsweise stabil in seiner Konfiguration erwiesen. Veränderungen westeuropäischer Parteiensysteme schlugen sich, mit wenigen Abweichungen, im Regelfall auch im deutschen Parteiensystem nieder. Ebenso weisen die meisten westeuropäischen Parteiensysteme in ihrer Zusammensetzung eine Reihe beachtlicher Gemeinsamkeiten auf, die auch schon früh als solche beschrieben worden sind (Lipset & Rokkan, 1967). Ein Beispiel lässt sich in der Entstehung christlicher, christdemokratischer oder christsozialer Parteien wie der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) sowie der Christlich-Sozialen Union in Bayern e. V. (CSU) finden, ebenso aber auch in liberalen Parteien wie der Freien Demokratischen Partei (FDP). Gemeinsam haben diese Parteiensysteme ferner die Entstehung kommunistischer, sozialistischer oder sozialdemokratischer Parteien wie – im deutschen Fall – der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Ende der 1970er Jahre wurde in westlichen Parteiensystemen ein neuer Konflikt zwischen materialistisch-wirtschaftlichen Interessen einerseits und postmateriell-ökologischen Interessen andererseits beschrieben. Traditionelle Werte wurden durch einen neuen liberalen Zeitgeist herausgefordert, der Feminismus, Minderheitenrechte, demokratische Mitbestimmung und Klimaschutz betonte. Dies führte zur Entstehung grüner oder grün-alternativer Parteien, darunter die Partei Die Grünen in Westdeutschland. Nach der Wiedervereinigung fusionierte die Partei mit dem in Ostdeutschland aus Kreisen der Bürgerrechts- und Ökologiebewegung entstandenen Bündnis 90 schließlich im Jahr 1993 zu

Bündnis 90/Die Grünen. 1990 wurde zudem die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), ehemals Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), deren Mitglied Sahra Wagenknecht noch im Jahr 1989 wurde, Teil des deutschen Parteiensystems. Die PDS selbst benannte sich 2005 in Linkspartei.PDS um, trat zur vorgezogenen Bundestagswahl mit der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), eine Abspaltung der SPD um den früheren SPD-Parteivorsitzenden und späteren Ehemann Wagenknechts, Oskar Lafontaine, auf einer gemeinsamen Wahlliste an. 2007 folgte die Fusion beider an der Wahlliste beteiligten Parteien zur Partei Die Linke (Wurthmann, 2022).

Nachhaltige Veränderungen im deutschen Parteiensystem zeigen sich erst wieder durch Entstehung der Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2013, die zunächst als konservative und wirtschaftsliberale Professorenpartei beschrieben wird. In den Folgejahren wird die Partei einen rasanten Wandel vollziehen, zunächst hin zu einer rechtspopulistischen und spätestens nach 2017 sukzessive einer in weiten Teilen rechtsextremen Partei (Pfahl-Traugher, 2019). Obgleich die beiden Parteien an entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums stehen, stellt die AfD auch für Die Linke eine ernstzunehmende Konkurrenz dar. So wechselten bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 jeweils Hunderttausende Wähler, insbesondere in Ostdeutschland, von der Linken zur AfD (Hilmer & Gagné, 2018). Jesse (2018) erklärt dies damit, dass frühere Protestwähler der Linken in der AfD eine neue Alternative sahen. Mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) entsteht im Januar 2024, insbesondere hervorgegangen aus dem näheren Umfeld Sahra Wagenknechts, eine neue Partei.

Bei der analytischen Klassifizierung von Parteiensystemen Westeuropas, und damit auch dem Deutschlands, wird unterschieden in sozioökonomisch linke und sozioökonomisch rechte sowie soziokulturell liberale und soziokulturell konservative Positionen. Sozioökonomisch linke Positionen sind etwa die Befürwortung einer starken Umverteilung, höhere Steuern für Gutverdienende und staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen. Sozioökonomisch rechte Positionen sind etwa Abwehrmaßnahmen von staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen, ein Abbau sozialstaatlicher Maßnahmen sowie niedrigere Steuern und ein höheres Maß an Eigenverantwortung. Soziokulturell liberale Positionen zeichnen sich durch einen Ausbau von Minderheitenrechten, Priorisierung von Individualismus über Traditionen und eine liberale Zuwanderungspolitik aus. Soziokulturell konservative Positionen stellen eine restriktivere Migrationspolitik, Traditionalismus und Patriotismus sowie in Teilen auch religiöse Werte in den Vordergrund (Marks et al., 2006; Norris & Inglehart, 2019; Dassonneville et al., 2024; Debus & Wurthmann, 2024). Wie sich die deutschen Parteien entsprechend einordnen lassen, zeigt im Folgenden die Abb. 2.1.

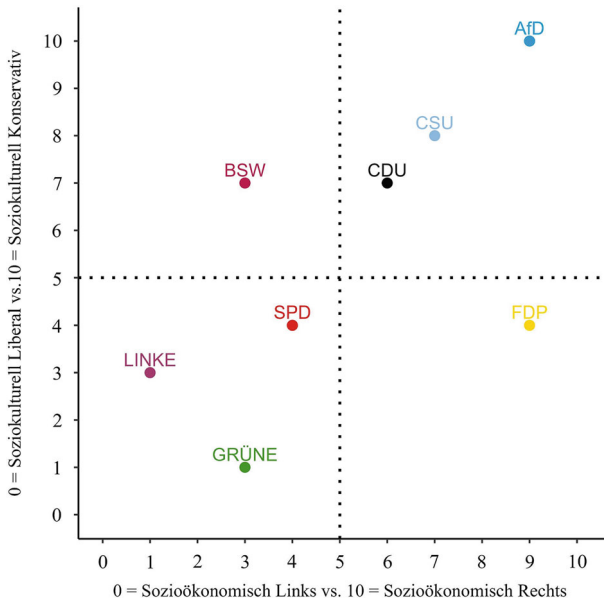


Abb. 2.1 Das deutsche Parteiensystem 2024 in zweidimensionaler Darstellung. (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Thomeczek et al., 2024a)

Demnach lassen sich vier Quadranten politischer Ausrichtungen ausmachen. Ein (1) rechtskonservativer Quadrant, in welchem CDU, CSU und AfD positioniert sind, ein (2) rechtsliberaler Quadrant, welchen die FDP besetzt, ein (3) linksliberaler Quadrant mit Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie ein (4) linkskonservativer Quadrant, in welchem das BSW durch Expertinnen und Experten verortet wird.¹

Dass in diesem links-konservativen Spektrum, in welchem das BSW positioniert wird, durchaus eine politische Repräsentationslücke vor Gründung der Partei

¹ Es sei an dieser Stelle allerdings darauf hingewiesen, dass diese zweidimensionale Darstellung einerseits nicht in der Lage ist, antidemokratische Positionen hinreichend abzubilden, was insbesondere mit Blick auf die AfD von nicht zu unterschätzender Relevanz ist. Andererseits sind auch außenpolitische Einstellungen, die insbesondere vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine eine sehr zentrale Rolle für die BSW-Unterstützung spielen (Wurthmann & Wagner, 2024; Heckmann et al., 2025; Wurthmann & Wagner, 2025), hierbei nicht hinreichend abgebildet.

bestand, haben eine Reihe von Studien, auch mit Blick auf Deutschland, dokumentieren können (Hillen & Steiner, 2020; Steiner & Hillen, 2021; Rosset & Kurella, 2021). Es ist kein Zufall, dass Wagenknecht in ihrem Buch *Die Selbstgerechten* – das sowohl als Abrechnung mit ihrer damaligen Partei, Die Linke, als auch mit der deutschen Politik insgesamt verstanden werden kann – dieses Repräsentationsdefizit wie folgt beschreibt:

„Wertkonservativ und zugleich links zu sein ist kein Widerspruch. Zugespitzt könnte man ein solches Programm als linkskonservativ bezeichnen, auch wenn dieser Begriff mit dem Risiko lebt, von beiden Seiten abgelehnt zu werden: von denen, die sich als Linke verstehen, weil sie daran gewöhnt sind, im Konservatismus den politischen Gegner sehen, und von denen, die aus der konservativen Tradition kommen, weil sie nicht im Traum für möglich halten würden, dass sie zugleich links sein könnten. Die konservative und die linke Erzählung haben sich immer aus ihrem Gegensatz heraus definiert. Dessen ungeachtet haben erfolgreiche Parteien, nicht zuletzt erfolgreiche sozialdemokratische Parteien, historisch oft genau das gemacht: linkskonservative Politik“ (Wagenknecht, 2022, S. 275).

Auch aus diesem Grunde wurde schon vor Gründung des BSW antizipiert, dass es Wagenknecht mit einer neuen Partei gelingen könne, eben jenes ideologische Spektrum zu besetzen (Wagner et al., 2023).

2.2 Positionen des BSW zur Bundestagswahl 2025

Am 12. Januar 2025 hat das BSW sein erstes Bundestagswahlprogramm verabschiedet. Erste Analysen zur Programmatik des BSW basieren auf dem Gründungsmanifest, dem Europawahlprogramm 2024 sowie ersten Landtagswahlprogrammen (Holzhauser, 2024; Franzmann et al., 2024; Wurthmann & Wagner, 2024; Arzheimer, 2024; Thomeczek et al., 2024; Wurthmann, 2025). Diese kommen zu der Erkenntnis, dass das BSW durchaus moderat konservativ, sozioökonomisch eher links sowie außen- und sicherheitspolitisch eher NATO-kritisch und EU-skeptisch eingeordnet werden kann. Allerdings stellt Holzhauser (2024, S. 12) als wichtige Einschränkung fest, dass „sich das BSW-Programm jeder sozialistischen Analyse oder grundsätzlich antikapitalistischen Forderung enthält. Jedenfalls werden die identifizierten Problemlagen nicht als systemische Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung interpretiert, sondern als Eitenversagen“. Auch im Bundestagswahlprogramm 2025 ist kein solches, klassisch sozioökonomisch linkes Bekenntnis zu finden.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dennoch sind die Forderungen des BSW in weiten Teilen durchaus als sozio-ökonomisch links zu verstehen. Die Partei fordert einen Mindestlohn von 15 €, grundsätzlich höhere Renten und einen abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 Jahren, wenn zuvor 45 Jahre Arbeitsleben absolviert wurden. Geringverdiener und Angehörige der Mittelschicht sollen bis zu einem Einkommen von 7500 € monatlichem Brutto entlastet werden, während sehr hohe Einkommen mit einem Spitzensteuersatz versehen werden sollen. Auch fordert das BSW eine Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent ab einem Vermögen von 25 Mio. Euro, welches gestaffelt ist, bis drei Prozent ab einem Vermögen von einer Milliarde Euro. Aktienrenten, die etwa die FDP befürwortet, werden als Spekulationen mit der Rente abgetan. Dies ist im Einklang mit allgemein nicht sonderlich offenen Einstellungen gegenüber dem Aktienmarkt. So schreibt das BSW, es sei „höchste Zeit, eine Finanztransaktionssteuer für alle Wertpapier- und Derivategeschäfte einzuführen, um hochspekulatives Handeln (und die Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft) einzudämmen und zu besteuern“ (BSW, 2025, S. 17). Ebenso, klassisch sozioökonomisch links, fordert das BSW eine Abkehr der Unterscheidung von gesetzlichen und privaten Krankenkassen und die Einführung einer für alle gleichermaßen geltenden Bürgerversicherung. In der Wohnungs- und Baupolitik wird ein verstärkter gemeinnütziger Wohnungsbau gefordert, ergänzt durch einen bundesweiten Mietendeckel – letzterer insbesondere als Alternative zu der von der Partei als ineffektiv kritisierten Mietpreisbremse. Gleichzeitig beschreibt das BSW ausführlicher, dass gesunde Ernährung inzwischen zu einem luxuriösen Lebensstil geworden sei, den sich nicht mehr alle Menschen leisten könnten. Daher fordert die Partei eine Mehrwertsteuersenkung „auf 0 % für Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Getreide, Milchprodukte, sowie Obst und Gemüse [und] ein kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen“ (BSW, 2025, S. 31).

Dass die Partei eine Anpassung des Lohnniveaus von Beschäftigten in Ostdeutschland an westdeutsche Standards fordert, höhere Tarifquoten, eine Stärkung von Gewerkschaften und die Erleichterung und juristisch stärkere Absicherung von Betriebsratsgründungen, ist ebenso mit einem sozioökonomisch linken Profil im Einklang. Interessant ist allerdings, dass im Wahlprogramm ebenso deutliche Forderungen nach einer Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und des Mittelstands enthalten sind. Ferner fordert das BSW explizit keine Abkehr von der Schuldenbremse, allerdings sehr deutliche Reformen. Beispielsweise ist die Partei der Auffassung, man müsse „Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungen und Netze aus der Schuldenbremse ausklammern und den dramatischen Investitionsstau, der zum Verfall unserer Infrastruktur führt, ohne weiteren Verzug durch ein großes Investitionsprogramm beheben“ (BSW, 2025, S. 15).

Gesellschaftspolitik

In gesellschaftspolitischen Fragen nimmt das BSW moderate bis konservative Positionen ein. Es will mehr Sichtbarkeit der Polizei im öffentlichen Raum und irreguläre Migration, damit meint die Partei explizit illegale Grenzübertritte, deutlich eindämmen. Verbunden wird dies mit einer Grundsatzkritik am europäischen Asylrecht, welches als dysfunktional beschrieben wird. Kombiniert wird dies mit euroskeptischen Nuancen, bei denen europäische Institutionen als nicht bürgernahe skizziert werden. In diesem Kontext fordert das BSW daher, Kompetenzen von der Europäischen Union an die Nationalstaaten zurückzuverlagern und zunächst keine Erweiterungen der EU vorzunehmen. Sehr klar macht das BSW dabei, dass es hierbei insbesondere eine EU-Erweiterung um die Ukraine ablehnt (BSW, 2025, S. 9).

Wenig konservativ ist die BSW-Forderung, Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Schwangerschaftswoche grundsätzlich straffrei zu stellen. In weiteren Aspekten ihres frauenpolitischen Programms positioniert sich das BSW allerdings als Gegner des erst kürzlich eingeführten Selbstbestimmungsgesetzes für trans* Personen. Die Partei fordert in diesem Zusammenhang „Frauenrechte statt Gender-Ideologie“ (BSW, 2025, S. 33). Auch dies ist weniger überraschend, nachdem Wagenknecht gemeinsam mit der trans*-exklusiven Radikalfeministin (auf Englisch auch *transexclusionary radical feminist [TERF]* genannt) Alice Schwarzer den „Aufstand für Frieden“ im Februar 2023 organisiert hatte.

Das BSW bekennt sich zwar klar zum Pariser Klimaabkommen, kritisiert aber Mittel und Wege, wie versucht werde, dieses einzuhalten. Insbesondere (vermeintliche) deutsche Alleingänge in der Emissionspolitik werden als den Wirtschaftsstandort Deutschland schädigend beschrieben. Gleichzeitig wird der Neubau konventioneller Atomkraftwerke abgelehnt. Deutlich verteidigt die Partei wiederum die Stromerzeugung durch Kohle und den Ausbau von erneuerbaren Energien. Explizit will die Partei „die Errichtung von [Photovoltaik]-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, auf Parkplätzen, Ställen und Werkshallen fördern“ (BSW, 2025, S. 11–12). Auch fordert das BSW, Gaslieferungen aus Russland durch die noch bestehende Nord-Stream-Pipeline wieder einzusetzen.

Ferner fordert das BSW eine Aufarbeitung der Corona-Politik und eine Amnestie für Menschen, die während der Höchstphase der Pandemie aufgrund der Nichtbeachtung von Maßnahmen belangt wurden – hierzu hat Wagenknecht noch 2021 angekündigt, sich beispielsweise nicht gegen Corona impfen zu lassen (Tagesspiegel, 2022).

Außen- und Sicherheitspolitik

Themen der Außen- und Sicherheitspolitik sind nur schwerlich in die zweidimensionale Einordnung Schematisierung des deutschen Parteiensystems sowie westeuropäischer Parteiensysteme im Allgemeinen zu integrieren (Wurthmann & Wagner, 2024). Gleichzeitig hat sich die Position von Wagenknecht und dem BSW im Speziellen als einer der Faktoren erwiesen, anhand derer Unterstützung und Wanderungen von Wählerinnen und Wählern zum BSW feststellbar sind (Roosen, 2024; Heckmann et al., 2025). Es erscheint naheliegend, dass die Partei sich daher beschreibt als „die einzige Friedenspartei im Deutschen Bundestag, die die aktuelle Hochrüstung ebenso konsequent ablehnt wie Waffenlieferungen in Kriegsgebiete“ (BSW, 2025, S. 2). Ausführlich warnt die Partei vor der Gefahr eines Atomkriegs, positioniert sich gegen jegliche Aufrüstungen und fordert ein allgemeines Verbot von Rüstungsexporten. Ferner plädiert das BSW – im Mantra der klassischen Friedensbewegung – dafür, Frieden könne nur ohne Waffen geschaffen werden. Stattdessen werden diplomatische Bemühungen gefordert, „um einen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen“ (BSW, 2025, S. 7). Dass dies in letzter Instanz bedeuten würde, im Zweifel allen Forderungen des russischen Aggressors Putins zu entsprechen, klammert die Partei hierbei allerdings, wenig verwunderlich, aus. Mit Blick auf den Nahen Osten verurteilt das BSW in seinem Programm sehr deutlich die israelische Regierung Netanjahus und fordert „ernsthafte Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und den Palästinensern“ (BSW, 2025, S. 8).

Zusammenfassend sind vorangegangene Einordnungen zur Ausrichtung des BSW zur Bundestagswahl 2025 weiterhin gültig. Die Partei besetzt mit sozioökonomisch linken und soziokulturell in weiten Teilen moderaten bis konservativen Ansichten das linkskonservative Spektrum, welches eine Einordnung im entsprechenden Quadranten rechtfertigt (siehe u. a. Holzhauser, 2024; Franzmann et al., 2024; Wurthmann & Wagner, 2024; Arzheimer, 2024; Thomeczek et al., 2024; Wurthmann, 2025). Außen- und sicherheitspolitische Positionen können in dieses Schema allerdings nicht integriert werden. Gerade diese Positionen machen allerdings einen enormen Bestandteil der BSW-Identität aus und haben in der Vergangenheit zum Vorwurf geführt, die Partei befinde sich auf „Linie mit der russischen Propaganda“ (Siggelkow, 2024). Dass die Partei in ihrem Programm die Auffassung darlegt, „der Krieg in der Ukraine, der von Russland begonnen wurde, wäre durch eine andere US-Politik im Vorfeld vermeidbar gewesen“ (BSW, 2025, S. 38), wird zumindest, so darf man annehmen, im Kreml in Moskau sicherlich nicht zu Verärgerung geführt haben.

2.3 Einstellungen und Motive der BSW-Wahl vor der Bundestagswahl 2025

Dem BSW gelingt es, Menschen anzusprechen, die eher eine migrationskritische und pro-wohlfahrtsstaatliche Einstellung haben (Heckmann et al., 2025; Jankowski, 2024). Allerdings haben eine Reihe von Untersuchungen auch Indizien dafür vorgelegt, dass die Unterstützerinnen und Unterstützer der neuen Partei sozio-ökonomisch zentristische bis in Teilen wirtschaftsliberale Tendenzen aufweisen (Wagner et al., 2023; Roose, 2024; Braband & Candeias, 2024; Wurthmann & Wagner, 2025). Gleichwohl zeigen weitere Untersuchungen, dass primär sozialpolitisch links orientierte Menschen zur Europawahl 2024 zum BSW übergelaufen sind (Heckmann et al., 2025). Unstrittig ist allerdings die starke Migrations-skepsis als BSW-Wahlmotiv (Roose, 2024; Wurthmann & Wagner, 2024, 2025; Jankowski, 2024; Steiner & Hillen, 2024; Heckmann et al., 2025), die durch eine ausgeprägte Angst vor Zuwanderung begleitet wird (Hirndorf, 2024).

Mitunter ein Grund dafür, dass Unterstützerinnen und Unterstützer des BSW, wenn sie denn vor die Wahl gestellt werden, sich zwischen Wirtschaftswachstum oder Bekämpfung des Klimawandels zu entscheiden, eher für Wirtschaftswachstum entscheiden (Roose, 2024; Wurthmann & Wagner, 2025), mag darin zu finden sein, dass sie keine Angst vor der globalen Klimaerwärmung und seinen Folgen haben (Hirndorf, 2024). Mitunter erklärt dies auch, weswegen bei ihnen grundsätzlich keine Abneigung gegenüber fossilen Brennstoffen und Atomkraft vorliegt (Roose, 2024; Wurthmann & Wagner, 2024). Sehr große Sorgen haben die Anhängerinnen und Anhänger allerdings vor einem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und den Folgen dieser Krise (Hirndorf, 2024). Entsprechend ist zu erklären, weswegen die Empfindung, Deutschland befinde sich in einer Rezession, ein leitendes Motiv war, bis zur Europawahl 2024 zum BSW überzulaufen (Heckmann et al., 2025).

Wurthmann und Wagner (2024) zeigen mit Blick auf das BSW, dass Unterstützerinnen und Unterstützer der Wagenknechtpartei einerseits Waffenlieferungen an die Ukraine nahezu kompromisslos ablehnen, andererseits der Überzeugung sind, die russische Invasion der Ukraine sei durch die NATO provoziert worden. In der Tat eine interessante Kongruenz zum BSW-Wahlprogramm bei der Bundestagswahl 2025, welches deutlich vorsichtiger formuliert, aber in eine ähnliche Richtung deutet. Auch aufgrund dieser klaren programmatischen Überschneidung von Sahra Wagenknecht, die sich selbst als letzte verbleibende Stimme der Friedensbewegung inszeniert (Arzheimer, 2024; Wurthmann & Wagner, 2024), den Positionen der Partei und den Präferenzen der eigenen Anhänger, ist es wenig

verwunderlich, dass die Ukraine-Politik zu einem treibenden Faktor wurde, zum BSW überzulaufen (Heckmann et al., 2025; Wurthmann & Wagner, 2025).

Menschen mit BSW-Wahlintention sind weniger zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert (Roose, 2024; Jankowski, 2024). Allerdings sind sie aufgrund dieser Unzufriedenheit nicht automatisch antidemokratisch eingestellt (Wagner et al., 2023). Dass sich hieraus ein Motiv für eine BSW-Wahlentscheidung ergibt, findet Roose (2024) auf Basis einer umfangreichen Repräsentativbefragung nicht.

Erste Analysen zum BSW und seinen möglichen Potenzialen formulierten die vorsichtige Annahme, dass es dem BSW gelingen könnte, Anhängerinnen und Anhänger der AfD von sich zu überzeugen (Wagner et al., 2023; Braband & Candeias, 2024). Ein Befund, der mit Blick auf die Europawahl 2024 bestätigt wurde (Jankowski, 2024), wenngleich dabei zu betonen ist, dass es sich hierbei um primär zwischen 2021 und 2023 zu dieser Partei übergelaufene handelt, weniger um langfristige AfD-Unterstützerinnen und -Unterstützer (Heckmann et al., 2025). So ist auch zu erklären, dass zwar weit über 70 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der etablierten Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke bei dem Gedanken, die AfD könne an einer Regierung beteiligt werden, Angst verspüren. Bei den Anhängern des BSW sind es hingegen nur 49 Prozent und bei der AfD – wenig verwunderlich – nur drei Prozent (Hirndorf, 2024). Auch insgesamt lassen sich eine Reihe systematischer Unterschiede zwischen Wählerinnen und Wählern des BSW und der AfD feststellen, die Ausdruck dessen sind, hier keineswegs eine in sich homogene Gruppe anzutreffen (Pickel et al., 2024).

Insgesamt zeigt sich, dass das BSW in seiner ideologischen Positionierung, der inhaltlichen Ausrichtung des Wahlprogramms und den Motiven der eigenen Anhängerinnen und Anhänger ausgesprochen kongruent ist. Das gilt vor allem mit Blick auf gesellschaftspolitische und außen- sowie sicherheitspolitische Aspekte. Die derzeit noch wechselhaften Befunde zum sozioökonomischen Profil der Anhänger können einerseits Ausdruck weiterhin bestehender Unsicherheiten sein. Andererseits können sie auch ein Indiz dafür sein, dass das BSW verschiedene Teile der Gesellschaft auch in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen für sich gewinnt. Denn sehr groß sind die Schwankungsbreiten gerade in dieser Frage keinesfalls.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Parteienfamilie

3

Die Parteigründung rund um Sahra Wagenknecht sorgt für kontroverse Debatten, nicht nur in Deutschland, sondern auch auf europäischer Ebene. Die zentrale Frage lautet: Zu welcher Parteienfamilie könnte das BSW im europäischen Kontext gehören? Während nationale Parteien oft klar in ein ideologisches Raster passen, ist diese Zuordnung bei Wagenknechts Formation besonders schwierig. Sie bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen links-ökonomischen und national-konservativen Positionen, was zum Beispiel eine klare Eingliederung in die bestehenden Strukturen des Europäischen Parlaments (EP) erschwert.

Parteienfamilien im europäischen Kontext zeichnen sich durch gemeinsame historische Wurzeln, ideologische Ausrichtungen und programmatische Ziele aus (Lipset & Rokkan, 1967). Zu den wichtigsten Parteienfamilien gehören unter anderem die christdemokratischen und konservativen Parteien, die sozialdemokratischen Parteien, die Grünen, die Liberalen, die radikale Linke, rechtspopulistische und kommunistische Parteien (Höhne, 2012). Jede dieser Gruppen hat eine klar erkennbare ideologische Basis, welche man auch anhand ihrer Mitgliedschaft im Europäischen Parlament klar erkennen kann. Die Europäische Volkspartei (EVP), der Zusammenschluss aus christdemokratischen Parteien, betont etwa traditionelle Werte, wirtschaftliche Liberalität und die Bedeutung der Familie, während die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) auf soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und die Stärkung des Wohlfahrtsstaates setzen. Die radikale Linke, etwa vertreten durch die Europäische Vereinigte Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), kombiniert oft eine starke Kritik am Kapitalismus mit Forderungen nach Umverteilung und einer zentralen Rolle des Staates.

Das BSW passt auf den ersten Blick in keine dieser Parteifamilien. Zwar gibt es programmatische Überschneidungen mit den radikalen Linken oder Sozialdemokraten, insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen. Forderungen nach einem Mindestlohn, Vermögenssteuer für Reiche oder einer stärkeren Rolle des Staates im sozialen Bereich zeigen eine gewisse Nähe zu den Ansätzen vertreten durch die GUE/NGL sowie S&D. Doch fehlt dem BSW eine klare Bezugnahme auf zentrale Themen wie Arbeitslosigkeit, die traditionell zu den Kernanliegen der radikalen Linken und der Sozialdemokratie gehören. Dies entspricht den Studienergebnissen, die zeigen, dass Wählerinnen und Wähler rechter Parteien Sozialleistungen für Arbeitslose eher ablehnend gegenüberstehen, während sie Leistungen für Rentnerinnen und Rentner hingegen befürworten (Busemeyer et al., 2022). Hinzu kommt, dass das BSW in gesellschaftspolitischen Fragen deutlich konservativer als die meisten Parteien der radikalen Linken ist. Insbesondere in Bezug auf Migration, nationale Souveränität und Fragen der kulturellen Identität steht das BSW in einer Linie mit rechtspopulistischen Bewegungen, die eine restriktive Migrationspolitik und die Betonung nationaler Interessen favorisieren. Diese ideologische Mischung aus sozialer Gerechtigkeit und nationaler Souveränität weicht deutlich von den progressiveren, internationalen und kosmopolitischen Positionen ab, die Merkmale der radikalen Linken sind.

Doch auch die Zuordnung des BSW zu rechtspopulistischen oder konservativen Parteien erscheint problematisch. Zwar ist das BSW in seiner Haltung zu Migration und nationaler Identität vergleichbar mit rechtspopulistischen Parteien, etwa der polnischen PiS. Während die meisten rechtspopulistischen Parteien eine marktwirtschaftlich orientierte Politik verfolgen, die den freien Markt und eine reduzierte staatliche Intervention bevorzugt, setzt das BSW auf eine stärker interventionistische Wirtschaftspolitik (siehe Parteiprogramm in Abschn. 2.2). Der Fokus auf Umverteilung, Mindestlöhne und eine stärkere Rolle des Staates steht im Widerspruch zur neoliberalen Ausrichtung vieler rechtspopulistischer Parteien.

Gleichzeitig lassen sich Parallelen zu jenen Strömungen der radikalen Rechten erkennen, die ihre wirtschaftliche Position eher verschwommen darstellen (Rovny, 2013) oder einen Wohlfahrtschauvinismus vertreten (Rygren, 2006; Ennsner-Jedenastik, 2018). Parteien wie die niederländische Partei für die Freiheit (PVV) (Otjes, 2019) oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (Rathgeb, 2020) kombinieren eine betonte Sozialstaatsfreundlichkeit mit einer exkludierenden Dimension, indem sie soziale Leistungen vorrangig für die eigene Staatsbürgergesellschaft fordern und Migration als Bedrohung für den Wohlfahrtsstaat stilisieren. Diese selektive Sozialstaatsorientierung unterscheidet sich von universalistischen sozialstaatlichen Modellen, wie sie typischerweise von der Linken vertreten werden.

Die empirische Analyse der politischen Ausrichtungen europäischer Parteien, etwa durch den Chapel Hill Expert Survey (CHES), einer Befragung von Fachexpertinnen und Fachexperten, zeigt, dass innerhalb der bestehenden Parteienfamilien eine gewisse Homogenität besteht, aber auch eine Vielzahl von heterogenen Positionen innerhalb dieser Parteifamilien auftreten können. In der radikalen Linken etwa gibt es eine Vielzahl von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich gesellschaftspolitischer Themen. Einige Parteien wie die spanische Podemos sind stark pro-europäisch, während die KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) eine explizite Anti-EU-Position vertritt (Wagner, 2022). Diese interne Heterogenität innerhalb der linken Gruppierungen könnte dem BSW zugutekommen, da es je nach Thema sowohl mit verschiedenen linken als auch rechten Strömungen in Dialog treten könnte, ohne sich einer spezifischen ideologischen Linie zu unterwerfen.

Die Heterogenität innerhalb der Parteienfamilien ist besonders relevant, wenn versucht wird, das BSW ideologisch einzuordnen. Das BSW ist in gewisser Weise eine Hybridpartei, die Elemente aus verschiedenen politischen Spektren miteinander kombiniert. In Bezug auf die Wirtschaftspolitik ist das BSW tendenziell sozialdemokratisch orientiert, während es in gesellschaftspolitischen Fragen nationale und konservative Tendenzen aufweist, die denen der Christdemokraten ähneln. In Abb. 3.1 zeigt sich, dass es in Westeuropa nur wenige vergleichbare Parteien zum BSW gibt. Parteien, die ähnlich konservativ sind, sind meist wirtschaftspolitisch weniger links, während wirtschaftlich weiter links stehende Parteien oft deutlich progressiver in anderen Themenfeldern sind. Ein Beispiel für eine stärker linksorientierte Partei ist die griechische KKE. Diese wird von March (2012) als moskautreuer und kommunistisch-konservativ charakterisiert und ist bei gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise hinsichtlich von LGBTQI*-Rechten, eher konservativ. Hier gibt es zwar in einigen Punkten Ähnlichkeiten zum BSW, etwa in der außenpolitischen Ausrichtung, doch unterscheidet sich die KKE deutlich vom BSW durch seine migrationsfreundliche Haltung. Auf der anderen Seite gibt es Parteien wie die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF), die der radikalen Rechten zugeordnet wird. Diese vertreten zwar konservative Positionen, sind jedoch wirtschaftspolitisch weniger links als das BSW.

In Zentral- und Osteuropa zeigt sich ein deutlich anderes Bild: Das BSW wäre hier keineswegs ein Einzelfall, da das linkskonservative Spektrum von politischen Parteien gut ausgefüllt wird. Ein prominentes Beispiel ist die polnische PiS Partei, die eine Mischung aus wirtschaftlichem Interventionismus und konservativer Gesellschaftspolitik verkörpert (siehe auch Kap. 5 zur Europawahl). In direkter politischer Nachbarschaft des BSW stehen, wenn man es

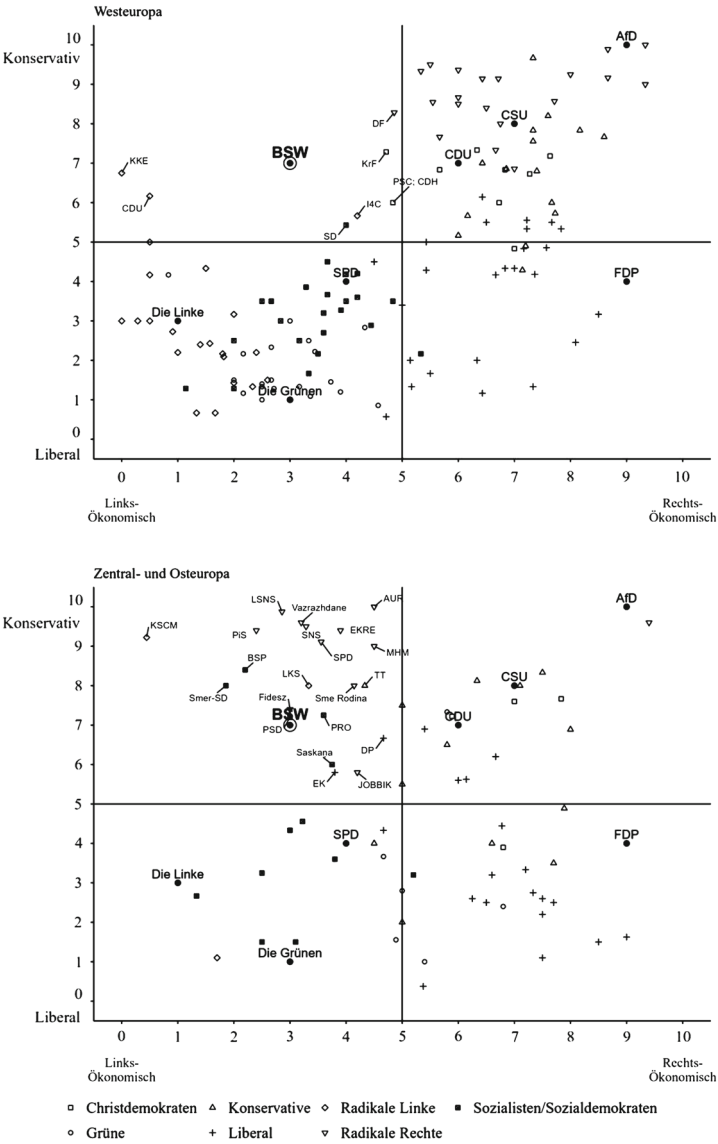


Abb. 3.1 Zweidimensionaler Politikraum und Position der deutschen Parteien. (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der 2023 Ukraine Chapel Hill Expert Surveys (CHES; Hooghe et al., 2024). Deutsche Parteipositionen basieren auf Daten von Thomeczek et al. (2024); siehe auch Jankowski (2024) zur Darstellung in Westeuropa)

mit ost- und mitteleuropäischen Parteien in einem politischen Raum abbildet, die eher nationalkonservative bis rechtspopulistische Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán sowie die linksnationale bis linkspopulistische Partidul Social Democrat (PSD) Rumäniens. Ein zentrales Element der Sozialpolitik dieser Parteien ist die Förderung von Familien durch konservative und explizit auf Mutterschaft fördernde Maßnahmen, die etwa körperliche Selbstbestimmung von Frauen ausschließen. Unter den Regierungen von Fidesz und PiS manifestiert sich dies oft in finanziellen Anreizen wie Prämien und Darlehen, die mit einer ablehnenden Haltung gegenüber LGBTQ + Rechten kombiniert werden und so die sozialpolitische Ausrichtung der jeweiligen Regierungen prägen (Rathgeb, 2024).

Einige Parteien im Umfeld des BSWs in Abb. 3.1 lassen sich problemlos der linksradikalen Parteienfamilie zuordnen, wie etwa die KSČM in Tschechien. Diese verfolgt eine klar marxistisch-leninistische Linie und steht für eine wirtschafts- und sozialpolitisch radikal linke Ausrichtung. Die ungarische Fidesz-Partei positioniert sich hingegen deutlich weiter rechts und gehören zur radikalen rechten Parteienfamilie. Die politische Landschaft Zentral- und Osteuropas verdeutlicht somit, dass das Zusammenspiel von wirtschaftlich linken und gesellschaftspolitisch konservativen Positionen in der Region kein Unikum darstellt. Vielmehr zeigt sich hier eine ideologische Vielfalt, in der das linkskonservative Quadrant sowohl von links- als auch von rechtsgerichteten Parteien mit verschiedenen Nuancen belegt ist. Dies unterstreicht die Besonderheit des BSW im westeuropäischen Kontext.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Parteiorganisation: Parteivorstand und Parteisatzung – Persönliche Loyalitäten und Hierarchische Struktur

4

Personelle Konfiguration des ersten Parteivorstands

Mit Blick auf den Vorstand des Bündnis Sahra Wagenknecht ist eine interessante Konstellation festzustellen, wie die führenden Mitglieder ihren Weg zur Partei gefunden haben.

Der Partei stehen die (I) Parteivorsitzenden Sahra Wagenknecht und Amira Mohamed Ali vor, die mit einer Reihe der Mitglieder ihres Parteivorstands neben ihrer gemeinsamen Gegenwart oftmals auch eine gemeinsame politische oder berufliche Vergangenheit verbindet. Zu nennen sind dabei zunächst die (II) aktuellen und ehemaligen Abgeordneten der Linken. Dazu zählt insbesondere der Duisburger Christian Leye¹, welcher die Funktion des BSW-Generalsekretärs bekleidet und zuvor wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag war. Ebenso zu nennen ist in diesem Zusammenhang Žaklin Nastić, die zuvor menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke war, sowie der Abgeordnete Alexander Ulrich. Beide sind als Beisitzer Teil des erweiterten Vorstands. Mit Fabio De Masi, einem ausgewiesenen Finanzexperten, sowie Sabine Zimmermann, wird diese Runde durch zwei ehemalige Linken-Bundestagsabgeordnete komplettiert. De Masi gelang, nachdem dieser seine politische Karriere bereits Jahre zuvor dort begonnen hatte, 2024 mit dem

¹ Zwar haben wir BSW-Generalsekretär Leye primär durch sein derzeitiges Abgeordnetenmandat in die Reihe der ehemaligen Linken-Mandatsträger eingeordnet, der Vollständigkeit wegen sei aber darauf hingewiesen, dass er vor der Bundestagswahl 2021 sieben Jahre das Wahlkreisbüro von Sahra Wagenknecht in Düsseldorf leitete (Maurer, 2025).

BSW der erneute erfolgreiche Einzug in das Europaparlament, Zimmermann führt nach einem Wahlerfolg die Fraktion des BSW im sächsischen Landtag.

Ein weiterer Kernbestandteil sind die ehemaligen (III) Linken-Parteifunktionäre und Mitwirkenden in Fraktionen und Abgeordnetenbüros. Parteifunktionäre der Partei Die Linke waren, unter anderem, die stellvertretenden BSW-Vorsitzenden Amid Rabieh und Friederike Benda, BSW-Bundesgeschäftsführer Lukas Schön sowie der Beisitzer Alexander Relea-Linder. Während Relea-Linder und Rabieh zwar Linken-Landesvorstandsmitglieder in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen waren, gestalten sich die Verbindungen zur Linken bei Benda und Schön enger. Mit Schön tritt der (zu diesem Zeitpunkt bereits zurückgetretene) Geschäftsführer der Linken NRW zum BSW über, während Benda sogar Mitglied im Linken-Parteivorstand auf nationaler Ebene war. Darüber hinaus war sie in der Vergangenheit Referentin für Menschenrechtspolitik der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag. Eine Funktion, bei der notwendigerweise ein enger Austausch mit der menschenrechtspolitischen Sprecherin der Fraktion naheliegend ist – der ebenfalls zum BSW übergelaufenen Abgeordneten Žaklin Nastić.

Beide Parteivorsitzenden, Wagenknecht und Mohamed Ali, können darüber hinaus auf tatkräftige Unterstützung von Personen zählen, die zumindest in der Vergangenheit für sie gearbeitet haben. Dazu zählen die Beisitzer Alexander Troll und Stefan Roth², die im Büro von Wagenknecht als persönliche Referenten tätig waren sowie die Beisitzer Steffen Schumann und Hartmut Liebs, die als Referenten im Abgeordnetenbüro von Amira Mohamed Ali tätig waren. Roth, Schumann und Liebs waren zudem Mitglieder der Partei Die Linke. Zu Alexander Troll haben wir in dieser Frage keine belastbaren Informationen ermitteln können.

Als weitere Gruppe kommen (IV) funktionslose Parteimitglieder von Linken, Grünen und SPD hinzu. Im Fall der Linken betrifft dies die Beisitzer John Lucas Dittrich und Manfred Seel, den Beisitzer Reinhard Kaiser, der über 40 Jahre Mitglied der Grünen war und als „Trittin-Vertrauter“ (Dolif, 2024) beschrieben wird sowie Thomas Geisel, ehemals SPD-Oberbürgermeister von Düsseldorf.

Die letzte Gruppe umfasst (V) parteipolitische Quereinsteiger, die es im BSW – sehr überraschend für die Strukturen des BSW-Machtgefüges – an bereits zentrale Stellen geschafft haben. Dies betrifft zum einen den Publizisten Michael Lüders, der als Beisitzer den Vorstand erweitert. Zum anderen den stellvertretenden Parteivorsitzenden Shervin Haghsheho und den Bundesschatzmeister Ralph Suikat. Haghsheho, Wirtschaftswissenschaftler und Bauingenieur am renommierten Karlsruher Institut für Technologie (KIT), ist als Mitglied der Parteiführung

² Stefan Roth zog 2024 bei der Landtagswahl in Brandenburg in den dortigen Landtag ein.

zwar wenig medial präsent, nimmt dabei aber eine wesentliche Rolle beim Aufbau der Parteistrukturen ein. Nicht grundlos wurde er in einem Artikel wie folgt beschrieben: „Haghsheno begreift die Parteigründung als Großbaustelle und sich selbst als Bauleiter. (...) Es klingt, als hätte sich McKinsey überlegt, von nun an Politik zu machen“ (Buchsteiner & Feldenkirchen, 2024). Zweifelsohne übernimmt Haghsheno eine zentrale Rolle des Aufbaus der Parteiorganisation, wie zum Beispiel bei dem Aufbau der Experten- und Expertinnenräte des BSW, bleibt dabei allerdings auch weitestgehend im Hintergrund. Experten- und Expertinnenräte sind im BSW als vorläufige Zusammenkünfte von Personen angelegt, die eine inhaltliche Fachexpertise besitzen, beispielsweise zum Themenbereich Pflege. Die Empfehlungen dieser Räte sollen in das Programm des BSW eingehen.

Eine exponierte Rolle nimmt Bundesschatzmeister Suikat ein, der zwar im Vorfeld noch nicht parteipolitisch aktiv war, allerdings auch nicht politisch inaktiv. Der Unternehmer hat sich in der Vergangenheit für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung eingesetzt und dabei auch die Initiative ergriffen, entsprechende organisatorische Impulse durch Vernetzung und Aufbau entsprechender Strukturen zu schaffen (Wolf, 2024). So engagiert er sich seit Jahren in einem Verbund („Tax me now“) von wohlhabenden Millionären, die eine höhere Besteuerung von Vermögen einfordern, was auch vor seinem Engagement zu Medienauftritten, etwa in der „phoenix runde“ beigetragen hat. Suikat ist als Schatzmeister des BSW keinesfalls nur für die Verwaltung der Parteifinanzen zuständig, sondern hat sich im Jahr nach Parteigründung auch im Bereich der Akquise eingebracht. Er nimmt im Machtgefüge des BSW aufgrund seiner unternehmerischen Erfahrung und Kompetenzen im Umgang mit Finanzen, die unabdinglich für einen schnellen Organisationsaufbau sind, eine zentrale Rolle ein. Als Katja Wolf, Spitzenkandidatin des BSW bei der Thüringer Landtagswahl 2024, die Verhandlungen über eine Koalition mit CDU und SPD beginnt, attackiert Suikat, zusammen mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin der BSW-Gruppe im Bundestag, Jessica Tatti, die handelnden Akteure in einem Gastbeitrag bei t-online außergewöhnlich scharf. Unterschwellig unterstellt wird Wolf in diesem Gastbeitrag, man entferne sich zu weit von den Grundsätzen des BSW, den handelnden Akteuren ginge es womöglich nur um die Sicherung von Ministerialposten und breche damit Vereinbarungen, die nur das Beste für die Menschen in Thüringen im Sinne hätten (Tatti & Suikat, 2024). Entsprechend kann Suikat als nicht nur als vergleichsweise politisch sichtbar auftretender Schatzmeister einer deutschen Partei betrachtet werden. Vielmehr handelt es sich um einen der zentralen Akteure innerhalb des BSW.

Zumindest mit Blick auf die Konstellation dieses personellen Machtgefüges im BSW-Parteivorstand ist zweifelsohne festzuhalten, dass dieser aus langfristigen und persönlichen Verbindungen zu Sahra Wagenknecht und ihrem direkten Umfeld konstituiert wird. Dazu gehört nicht nur, aber vor allem auch ihre Co-Vorsitzende: Amira Mohamed Ali.

Die Vorsitzenden: Amira Mohamed Ali und Sahra Wagenknecht

Sahra Wagenknecht, geboren 1969 in Jena, ist eine der prägnantesten Figuren der deutschen Politik, deren Wirkung weit über ideologische Lager hinausreicht. Ihre politische Prägung beginnt in der DDR, wo sie im Frühsommer 1989 der SED beitrifft. Dass diese ihr erst Jahre zuvor das Studium untersagt, sie entsprechend nicht als hinreichend politisch zuverlässig im Verständnis der Partei eingeordnet wird, stellt im Kontext ihres Verhaltens einen der großen politischen Widersprüche im Leben der Politikerin dar. In Biografien und Leitartikeln wird ihre Entscheidung insbesondere mit einer grundlegenden Trotzhaltung begründet, aus der heraus Wagenknecht nicht gewillt war anzuerkennen, dass die DDR als staatliches Konstrukt unreformierbar war (Schneider, 2019). Wagenknecht selbst begründet die Entscheidung wie folgt:

„Weil ich es abstoßend fand, wie Leute, die mir in der DDR noch die Vorzüge der Honecker-Politik gepredigt hatten, sich plötzlich um 180 Grad drehten, habe ich nach der Wende Dinge gerechtfertigt, die ich vorher noch vehement kritisiert hatte. Ich durfte in der DDR nicht studieren und war natürlich nicht begeistert, dass die Mauer mich daran hinderte, jemals Städte wie Paris oder Rom zu sehen. Allerdings hatte ich damals die Hoffnung, dass die DDR von innen heraus reformiert werden kann. Das war mein Ziel, nicht der Anschluss an die Bundesrepublik. Diesen Anschluss haben viele Ostdeutsche als Entwertung ihrer bisherigen Biografie erlebt, weil ihnen vermittelt wurde, dass es im Osten schlicht nichts Erhaltenswertes gab“ (Süddeutsche Zeitung, 2019).

Zweifelsohne darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Wagenknecht nicht ideell durchaus als Marxistin verstand, grundlegende Werte des klassischen Marxismus allerdings in der realen Praxis nicht länger umgesetzt sah (Schneider, 2019).

1991 wird Wagenknecht in den Parteivorstand der SED-Nachfolgepartei, der PDS, gewählt und gerät früh in Konflikte mit der Parteiführung um den damaligen Vorsitzenden Gregor Gysi, der über Jahrzehnte ein Widersacher Wagenknechts bleiben wird. Insbesondere ihr Artikel „Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute“ wird schon 1992 zu einer

zunehmenden Isolation Wagenknechts beitragen. Während sich die PDS zu diesem Zeitpunkt bewusst vom Stalinismus als Ideologie abwendet (Neu, 2004), schreibt Wagenknecht:

„Und was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums“ (Wagenknecht, 1992).

Der Eklat ist vorprogrammiert und wird Wagenknecht bald den Ruf einer „wortgewandte[n], zugespitzten Diskutant[in]“ (Jesse & Lang, 2012, S. 361) einbringen. Sie avanciert alsbald zu einer Person in der deutschen Politik, die Bewunderung und Skepsis gleichermaßen erfährt. 1995 wird sie von Gysi aus dem Parteivorstand gedrängt, der sie aufgrund ihrer nicht mit der PDS zu vereinbarenden Positionen für untragbar hält – erst im Jahr 2000 gelingt die Rückkehr (t-online, 2024). Dem Vorstand der PDS wird Wagenknecht, bis zum Zusammenschluss mit der WASG, den Wagenknecht ablehnt, bis 2007 angehören. Von 2007 bis 2014 ist sie Teil des Linke-Parteivorstands, zuletzt von 2010 bis 2014 sogar stellvertretende Vorsitzende. Im Oktober 2015 wird Sahra Wagenknecht, nachdem sie bereits vier Jahre stellvertretende Fraktionsvorsitzende war, zur Vorsitzenden der Fraktion ihrer Partei im Deutschen Bundestag gewählt – ein Amt, welches sie bis zu massiven Zerwürfnissen im Jahr 2019 innehaben wird (Deutscher Bundestag, 2025).

Wagenknecht, die zwischen 1991 und 2010 rund zwei Jahrzehnte prägende Figur in der vom Verfassungsschutz als linksextrem eingeschätzten kommunistischen Plattform war, einer marxistisch orientierten Strömung innerhalb der PDS und später der Linkspartei, hat sich seit 1990 ideologisch zwar neu ausgerichtet, ohne aber grundlegende Pfeiler der sozialistischen Ideologie aufzugeben. Wagenknecht selbst beschreibt etwa ihre wirtschaftspolitischen Ideale als „kreativen Sozialismus“, der sich dadurch auszeichne, Unternehmertum und Fleiß zu unterstützen und nicht wie im Kapitalismus, so Wagenknecht, ökonomische Macht zu zentrieren und den Mittelstand zu behindern. Wagenknecht meint etwa, es gebe „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Sozialismus ohne Planwirtschaft“ (Wagenknecht, 2012, S. 383). Wagenknechts Bücher und ihre dargelegten Idealvorstellungen finden Anklang – bis in die eher liberal-konservativen Redaktionen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und des Handelsblatts (Schneider, 2019).

Als Abgeordnete im Europäischen Parlament (2004–2009) und später im Bundestag (ab 2009) wurde sie eine der profiliertesten Stimmen für soziale Gerechtigkeit, Kapitalismuskritik und eine restriktive Haltung gegenüber neoliberalen Wirtschaftsreformen. Die Gründung der „Antikapitalistischen Linken“

innerhalb der Linkspartei festigt ihren Ruf als Vordenkerin eines radikalen Linkskurses. Gleichzeitig hat sich Wagenknecht spätestens seit der Aufnahme syrischer Flüchtlinge im Jahr 2015 sukzessive zu einer Kritikerin der Merkel'schen Migrations- und Integrationspolitik entwickelt. In ihrem Buch „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“, welches 2021 erstmals erscheint und zu einem Bestseller wird, schreibt sie „dass bettelarme Länder die teure Ausbildung für Spezialisten finanzieren, deren erworbene Qualifikationen dann reichen Ländern zugutekommen, ist Neokolonialismus pur und passt nicht so wirklich in das schöne Bild von Hilfe, Solidarität und gegenseitigem Vorteil“ (Wagenknecht, 2022, S. 182). Ihr Buch wird als Abrechnung mit ihrer Partei und weiten Teilen ihrer Parteiführung verstanden. Den von 2012 bis 2021 amtierenden Linken-Parteivorsitzenden Bernd Riexinger beschreibt Wagenknecht hierbei etwa als „Vorsitzende[n] einer deutschen linken Partei, dessen Name heute zu Recht vergessen ist“ (Wagenknecht, 2022, S. 57).

Wagenknecht ist eine der am häufigsten in den deutschen Medien sichtbaren Politikerinnen, wobei ihre Sichtbarkeit insbesondere in Krisenzeiten und während politischer Kontroversen signifikant zunimmt. Durch ihre häufigen Medienauftritte wird offenkundig vielen Menschen das Gefühl vermittelt, eine klare und prägnante Vorstellung über die Person Sahra Wagenknecht zu erhalten. Wagenknecht selbst ist sich ihrer Fähigkeit, durch mediale Auftritte auch Diskurse mitzubestimmen, durchaus bewusst. Öffentliche Aufmerksamkeit lenken und in Teilen kalkuliert kontrollieren zu können, machen sie neben ihrer politischen Sichtbarkeit zu einem allgemeinen Medienphänomen. Die Rückmeldung auf Wagenknechts mediale Auftritte ist ambivalent: Während ein Teil des Publikums sie für ihre klaren und eloquent vorgetragenen Argumente lobt, stößt sie bei anderen auf deutliche Ablehnung, insbesondere wegen ihrer häufig als populistisch wahrgenommenen Positionen (Thomeczek, 2024b).

Trotz alledem zeichnet sich ein klares Bild in Abb. 4.1 ab. Die grafische Darstellung verdeutlicht, dass Sahra Wagenknecht bis 2021 überwiegend innerhalb des Wählerspektrums der Linken, ihrer eigenen Partei, hohe Zustimmungswerte genießt. Ab 2021 jedoch zeigt sich ein bemerkenswerter Wandel: Ihre größte Zustimmung verlagert sich zunehmend auf Wählerinnen und Wähler der AfD, was auf eine Verschiebung ihrer politischen Resonanz hin zu einem eher populistisch-konservativen Publikum hindeutet. 2021 sieht man deutlich, dass die Gruppe der AfD-Wählerinnen und -Wähler im Durchschnitt Wagenknecht deutlich positiver wahrnimmt als noch zwei Jahre zuvor. Wichtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass die Einstellung zu Wagenknecht – wohl auch aufgrund ihres Abschieds von der Spitze der Linken-Fraktion im Bundestag – in den Daten des Politbarometers, auf welchem diese Darstellung beruht, für 2020 nicht erfasst wurde.

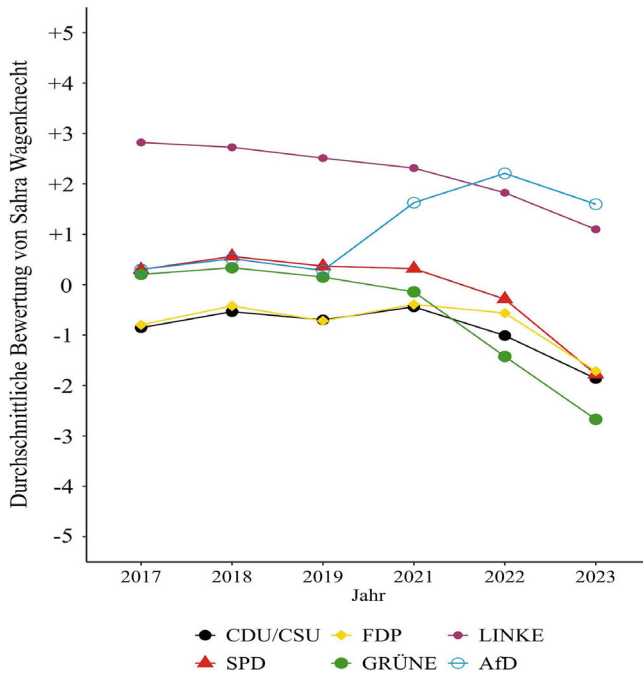


Abb. 4.1 Bewertung von Sahra Wagenknecht nach Wahlintention von 2017–2023. (Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Politbarometerdaten zu den Jahren 2017, 2018, 2019, 2021, 2022 und 2023 (Forschungsgruppe Wahlen, 2018, 2019, 2020, 2023, 2024, 2025). Gefragt wurden die Teilnehmer der Erhebung in den Jahren 2017 bis 2019 sowie 2021 bis 2023, wie sie Sahra Wagenknecht auf einer Skala von + 5 bis -5 bewerten)

Ein Beispiel für Wagenknechts erste Annäherungsversuche an ein konservatives Lager wird zu dieser Zeit mit der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ (2018) deutlich, welche durch die Gelbwestenbewegung in Frankreich und die Momentum-Kampagne in Großbritannien inspiriert ist. Diese richtet sich gegen den aus Wagenknechts Sicht zu pragmatischen Kurs der Linkspartei. Wagenknecht unternimmt den Versuch, enttäuschte Wähler aus verschiedenen politischen Lagern zu vereinen, was als Idee die Grundlage für ihre spätere Parteigründung legt. Jedoch zeigt Abb. 4.1, dass diese Orientierung erst ab 2021 innerhalb des AfD-Lagers auf Resonanz stößt. Wagenknechts Ehemann, der ehemalige SPD-Vorsitzende und ehemalige Linkspartei-Vorsitzende Oskar Lafontaine, spielte eine Schlüsselrolle in ihrer politischen Entwicklung und war an

der Gründung von „Aufstehen“ beteiligt. Auch spätere BSW-Mitstreiter und -Mitstreiterinnen, wie Sevim Dağdelen und Fabio De Masi, waren bereits bei der Sammlungsbewegung aktiv (Spiegel, 2018).

Die enge politische Zusammenarbeit zwischen Sahra Wagenknecht und Amira Mohamed Ali (geboren, 1980 in Hamburg) spielt über Jahre hinweg eine zentrale Rolle in der parteiinternen Dynamik und trägt maßgeblich zur Gründung des BSW bei. Bereits vor der formellen Parteigründung verbindet die beiden eine strategische und inhaltliche Allianz, die sich insbesondere in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen manifestiert. Mohamed Ali, studierte Juristin und seit 2015 Bundestagsabgeordnete, wird 2019 auf Vorschlag Wagenknechts zur Fraktionsvorsitzenden der Linken gewählt. In dieser Funktion vertritt sie bereits viele Positionen, die auch Wagenknechts politische Linie prägen – insbesondere ein starkes Engagement für soziale Gerechtigkeit, eine kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union sowie Forderungen nach einer restriktiveren Migrationspolitik. Mohamed Ali unterstützt Wagenknecht zuvor in ihrer Kritik an der aus ihrer Sicht fehlenden Fokussierung der Partei Die Linke auf die sozialen Nöte der klassischen Linken-Klientel. Diese Allianz dient Wagenknecht lange als Basis, um ihren Einfluss in der Linken zu sichern. Trotz wachsender innerparteilicher Isolation. Die inhaltlichen Schnittmengen führen letztlich dazu, dass Mohamed Ali eine Schlüsselrolle bei der Gründung des BSW übernimmt.

Parteiorganisationsaufbau

Klassischerweise unterscheidet die Parteienforschung in die analytische Betrachtung von den sogenannten drei Gesichtern der Parteiorganisation: die Parteibasis (Party on the Ground), die Parteiführung (Party in Central Office) sowie Parteimitglieder in öffentlichen Ämtern und Mandaten (Party in Public Office) (Katz & Mair, 1993; Jun, 2013). Da es sich beim BSW um eine Ausgründung aus dem Deutschen Bundestag heraus handelt, ist nicht verwunderlich, dass zumindest bei Parteiführung und der Besetzung öffentlicher Mandate durch Mitglieder dieser Parteiführung erhebliche Überschneidungen festzustellen sind. Allerdings ist der Anteil der Mitglieder, die in Parteiführung oder öffentlichen Ämtern sind, ein Jahr nach der Parteigründung exorbitant hoch, da sich die Partei selbst einem kontrollierten Wachstum verschrieben hat, also dem langsamen Anwuchs durch sorgsam ausgewählte Parteimitglieder. Eine erste juristische Einordnung durch die Parteienrechtlerin Sophie Schönberger beschreibt das Organisationsprinzip entsprechend „als autoritäres Projekt“, dessen Aufbau einer „Gründung von oben nach unten“ (Schönberger, 2024) entspricht. Das betrifft insbesondere die Organisation in Gebietsverbänden, die gemäß einer föderalen Ordnung, wie jener in

Deutschland, notwendigerweise gegeben sein müssen. Nahezu alle Entscheidungen, die das BSW betreffen, werden in durch die Parteiführung um Wagenknecht selbst beschlossen, was in Teilen an das Organisations- und Leitungsprinzip der SED, den Demokratischen Zentralismus, erinnert (Gaschke, 2024). So urteilt Schönberger, dass „die eigenständigen Kompetenzen und Befugnisse der BSW-Untergliederungen aber derart gering [seien], dass sehr vieles dafür spricht, sie schon strukturell gar nicht als Gebietsverbände im rechtlichen Sinne zu qualifizieren. Schon ihrer ganzen Veranlagung in der Satzung nach verstößt die Binnenorganisation des BSW damit gegen die Regeln des Parteienrechts“ (Schönberger, 2024, S. 15).

Mitglieder und Delegiertenparteitage – der Delegiertenschlüssel und innerparteiliche Willensbildung

Zentrale Elemente zur Interessendurchsetzung in Parteiorganisationen sind Parteitage. Diese dienen als Zusammenkunft der Parteigliederungen, um in regelmäßigen Vorstandswahlen über die Parteiführung zu befinden und gleichzeitig die programmatische Ausrichtung der Partei zu bestimmen. Eine der weitreichendsten Einschränkungen innerparteilicher Willensbildung ist jene, dass die Parteisatzung in § 10, Absatz 4, festhält, dass ausschließlich der Parteivorstand selbst befugt ist, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob Parteitage als allgemeine Mitgliederparteitage stattfinden, bei denen alle Mitglieder stimmberechtigt sind, oder im herkömmlichen Modell eines Delegiertenparteitags, bei dem unterschiedliche Parteigliederungen ihre Delegierten entsenden können. Mitgliederparteitage ohne formalisierte Entsendung von Delegierten haben zwar bereits in der Piratenpartei eine Anwendung gefunden. Allerdings sind diese sehr spezifisch auf die dauerhafte Absicherung von Mehrheitsfindung durch die Parteibasis ausgelegt, die eine Machtkonzentration durch die Parteiführung verhindern soll (Bieber & Lewitzki, 2012). Beim BSW wiederum entscheidet die Parteiführung qua Satzung, in welchem Ausmaß eine Mitbestimmung durch die Mitglieder zulässig ist und in welcher Form. Dieses Instrument allein ist schon in der Lage, wenn der Eindruck aufseiten der Parteiführung entsteht, ein Parteitag würde Entscheidungen gegen den Mehrheitswillen des Vorstands treffen können, die Mehrheitsfindungen auf Parteitagern maßgeblich zugunsten des Parteivorstands zu drehen. So ist durchaus anzunehmen, dass die Gesamtheit aller Mitglieder, die Teil einer Partei sind, die nach ihrer Gründungs(co-)vorsitzenden Sahra Wagenknecht benannt wurde, im Zweifel den Empfehlungen Wagenknechts folgen und weniger den Logiken formalisierter Willensbildung innerhalb der Partei. Der Mitgliederparteitag ist entsprechend – anders als im Fall der Piratenpartei – weniger als Instrument der

$$D_i = \left(\frac{M_i}{M_{gesamt}} \times 330 \right) + \left(\frac{S_i}{S_{gesamt}} \times 330 \right)$$

M_i = Mitgliederzahl des Landesverbandes (Stand 31.12. des Vorjahres), M_{gesamt} = Gesamtmitgliederzahl aller Landesverbände, S_i = Zahl der Zweitstimmen für die Partei im Gebiet des Landesverbandes bei der letzten Bundestagswahl, S_{gesamt} = Gesamtzahl der Zweitstimmen für die Partei im Bundesgebiet bei der letzten Bundestagswahl. Die Delegiertenzahl jedes Landesverbandes wird aus der Summe der sich nach (a) und (b) nach dem Verfahren Hare-Niemeyer ergebenden Zahlen ermittelt. Die Gesamtdelegiertenzahl ist auf 660 Personen beschränkt.

Abb. 4.2 Der Delegiertenschlüssel

Unterminierung der Machtkonzentration, sondern vielmehr als Stärkung der Zentrierung auf den Parteivorstand einzuordnen. Dies zeigt sich etwa auch daran, dass die Satzung ein Antragsrecht für Parteitage nur für den Parteivorstand, die Landesvorstände, Vorstände nachgeordneter Gebietsverbände und die Summe von 100 Mitgliedern vorsieht, wenngleich dieses Antragsrecht der Letztgenannten auf Sachfragen beschränkt ist (§ 10, Absatz 10).

Trifft der Parteivorstand allerdings die Entscheidung, einen Delegiertenparteitag abzuhalten, hat das BSW ebenso einen neuen Weg eingeschlagen, wie über die Zahl der Delegierten nach Gebietskörperschaften – gemeint sind hiermit die Landesverbände – entschieden wird. Der Delegiertenschlüssel setzt sich einerseits durch das Verhältnis der Mitglieder eines Landesverbandes in Relation zur Gesamtmitgliederzahl sowie andererseits durch das Wahlergebnis eines Landesverbandes bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag in Relation zum Gesamtwahlergebnis der Partei fest (vgl. Abb. 4.2).

Bei genauerer Betrachtung werden dadurch in Mitgliedergewinnung sowie Akquise von Wählerinnen und Wählern erfolgreiche Landesverbände zunächst belohnt. Wenn allerdings, wie von Schönberger (2024) festgestellt, die Mitgliederaufnahme weiterhin ein dem Parteivorstand vorbehaltenes Recht bleibt, ermöglicht dies gleichzeitig, die Aufnahme von Parteimitgliedern auch an taktische Entscheidungen zur Stärkung oder Schwächung – zumindest in der Theorie – von Landesverbänden zu koppeln. Der mit dem Thüringer Landesverband schwelende Konflikt um die Entscheidung der dortigen Spitzenpolitikerin Wolf, eine Koalition mit CDU und SPD eingehen zu wollen, wird etwa dadurch verschärft, dass der Parteivorstand, ohne Einbindung des Landesvorstands, neue Mitglieder in die Partei aufnimmt. Dies führt zu Mutmaßungen, „dass mit den neuen Mitgliedern auch Mehrheiten zu Abstimmungen über eine mögliche Regierungsbeteiligung beeinflusst werden sollen“ (Grothe, 2024).

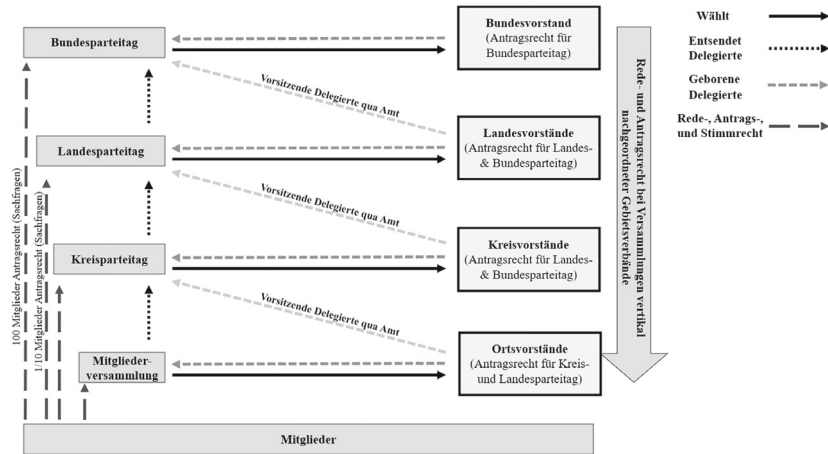


Abb. 4.3 Parteiorganisation und Delegiertenparteitage. (Quelle: Eigene Darstellung)

Überführt man die Satzung des BSW in ein Organigramm, wird die sehr klare Zentrierung auf die Parteivorstände eindrucksvoll sichtbar. Zwar haben übergeordnete Parteivorstände kein automatisches Stimmrecht bei nachgeordneten Gebietsverbänden. Allerdings liegt es in ihrer Macht, das Rede- und Antragsrecht auf Parteitag auszuüben und damit direkten Einfluss auf die dortige Willensbildung vorzunehmen. Gleichzeitig sind Vorstände jeweiliger Gebietskörperschaften automatisch Delegierte auf ihnen zugeordneten Parteitag. Ob es sich hierbei um eine additive Ergänzung zur Gesamtzahl aller Delegierten handelt oder ob diese mit den Gesamtdelegiertenzahl verrechnet werden, die einem Landesverband zu stehen, wird nicht näher ausgeführt. Dass damit allerdings die Position gewählter Vorstände deutlich gestärkt wird, steht gleichwohl außer Frage (vgl. Abb. 4.3).

Mit dem Mechanismus, dass Vorstandsvorsitzende automatisch qua Amt zu Delegierten auf übergeordneten Parteitag werden, wird die Zentrierung auf bereits gebildete Machtstrukturen zusätzlich verfestigt.

Zusammenfassend ist das BSW eine qua Satzung und nach erster juristischer Einordnung (Schönberger, 2024) straff hierarchisch organisierte Partei, bei der eine sehr klare Verschmelzung von Kompetenzen auf Vorstandsebene mit dem öffentlichen Erscheinungsbild der Partei explizit gewollt ist. Damit sind zwar Kernaufgaben von Parteien wie Regierungsbildung und Oppositionsarbeit, die Artikulation, Aggregation und Repräsentation politischer Interessen sowie die Entwicklung von politischen Inhalten möglich. Weitere Teilbereiche wie

die Sozialisation von Mitgliedern, Rekrutierung von politischem Personal und Integration in demokratische Willensbildung (Jun, 2013) nur beschränkt möglich. Damit hat das BSW zunächst den Weg einer stark personalisierten und führungszentrierten Kaderpartei eingeschlagen.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Wahlergebnisse: Europawahl 2024, Landtagswahlen 2024 und die Bundestagswahl 2025

5

Europawahl 2024

Nur fünf Monate, nachdem die Partei im Januar 2024 formell gegründet wurde, gelingt dem BSW ein beachtlicher Erfolg bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024. Insgesamt 6,2 Prozent der Deutschen gaben ihre Stimme für die neue Partei unter Führung Sahra Wagenknechts ab. Ein Wert, den in der deutschen Geschichte noch keine Partei auf Anhieb bei der ersten Teilnahme an einer nationalen Wahl erreicht hat. Besonders erfolgreich ist die Partei mit 16,4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, jeweils 15 Prozent in Sachsen-Anhalt und Thüringen, 13,8 Prozent in Brandenburg und 12,6 Prozent in Sachsen. Mit deutlichem Abstand folgten Berlin mit 8,7 Prozent und das Saarland mit 7,9 Prozent (Wurthmann, 2025). Gefragt nach Ansichten der BSW-Wählenden über die eigene Partei, geben 86 Prozent an, sie würden es gut finden, dass das BSW sich gleichzeitig für mehr Soziales und gegen Zuwanderung einsetze. Ohne Sahra Wagenknecht würden 78 Prozent die Partei nicht wählen und 74 Prozent loben den Einsatz gegen Waffenlieferungen an die Ukraine (Tagesschau, 2024a). Diese Aspekte stehen in einem klaren Einklang mit wissenschaftlichen Studien (Heckmann et al., 2025; Jankowski, 2024; Wurthmann & Wagner, 2025, 2024; Thomeczek et al., 2024). Allerdings ist es dem BSW nicht gelungen, die sechs gewonnenen Mandate dahingehend zu nutzen, eine eigene Fraktion im Europaparlament mit Abgeordneten weiterer Länder zu formen. Angeschlossen haben sich die sechs Abgeordneten ebenfalls keiner Fraktion, weshalb sie nun in den hinteren Reihen des Europäischen Parlaments sitzen müssen. Zuletzt tritt mit Friedrich Pürner ein EU-Abgeordneter sogar wieder aus dem BSW aus.

Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen

Nach dem Achtungserfolg bei der Europawahl 2024 folgen drei weitere Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern, bei denen es dem BSW gelingt, sich erfolgreich zu etablieren. Mit 13,5 Prozent der Stimmen in Brandenburg, 11,8 Prozent in Sachsen und 15,8 Prozent in Thüringen wird die Partei auf Anhieb zur drittstärksten Kraft und plötzlich zu einem bedeutenden Machtfaktor in ostdeutschen Landtagen (Wurthmann, 2025). Unter allen Befragten geben in Brandenburg 59 Prozent, in Sachsen 65 Prozent und in Thüringen 68 Prozent an, dass sie es gut finden, dass das BSW sich gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Zuwanderung einsetzt. Unter den BSW-Wählerinnen und -Wählern sind es in Brandenburg 93 Prozent, in Sachsen 98 Prozent und in Thüringen 92 Prozent. Gemeinsam haben alle drei Landtagswahlen, dass das BSW insbesondere aufgrund seiner Haltung zur Ukraine- und Russlandpolitik, seiner Positionen zur inneren Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, seines Einsatzes für ostdeutsche Interessen sowie für soziale Gerechtigkeit unterstützt wird (Tagesschau, 2024b, 2024c, 2024d).

Die Mehrheitsfindungen gestalten sich in allen drei Bundesländern nach den Landtagswahlen als kompliziert. Rechnerisch und politisch erreichen in Brandenburg nur SPD und BSW sowie in Sachsen CDU, SPD und BSW eine Mehrheit. In Thüringen hingegen erreichen CDU, SPD und BSW nur eine Pattsituation gegenüber der AfD und der Linken. Unter der Führung des BSW-Politikers Robert Crumbach, eines ehemaligen SPD-Mitglieds, formiert sich in Brandenburg erstmals eine rot-purpurne Koalition unter der Leitung des SPD-Ministerpräsidenten Dietmar Woidke. Insbesondere mit Blick auf die Haltung der Brandenburger Regierungskoalition gelingt es dem BSW, für die Parteiführung um Wagenknecht zentrale Elemente in den Koalitionsvertrag einzubringen. Dazu zählen unter anderem die Bekenntnisse, dass der Krieg in der Ukraine nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden könne, sondern nur durch Diplomatie, sowie die ablehnende Haltung zur Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden (SPD Brandenburg, 2024). An einer ähnlichen Formulierung scheitern hingegen die Verhandlungen zu einem möglichen Koalitionsvertrag in Sachsen unter der Führung von BSW-Vorstandsmitglied Sabine Zimmermann (ZDF, 2024).

Der Umgang mit dem Wahlergebnis in Thüringen wird zur ersten großen Belastungsprobe für das BSW. Katja Wolf, Spitzenkandidatin des BSW Thüringen und ehemalige Oberbürgermeisterin von Eisenach, stößt für viele überraschend zur neuen Wagenknecht-Partei. Dass sie, nachdem in Thüringen keine stabilen Mehrheiten außer einer Minderheitsregierung aus CDU, SPD und BSW möglich sind, ein solches Bündnis mit ihrem Landesverband anstrebt, wird von

der BSW-Parteiführung nicht wohlwollend aufgenommen. Während Wagenknecht fordert, dass das BSW als Bedingung für eine Koalition mit der CDU und SPD die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine sowie von weiteren US-Raketen auf deutschem Boden durchsetzen müsste, ist ein Scheitern der Gespräche vorprogrammiert, da diese Forderungen von der CDU politisch nicht akzeptiert werden können. Wolf einigt sich trotz interner Widerstände auf einen Kompromiss mit CDU und SPD, der außenpolitische Differenzen in einer neutralen Form darstellt, und verkündet diesen öffentlich ohne Wagenknechts vorherige Zustimmung (Debes, 2024).

Der Parteivorstand reagiert darauf mit einem öffentlichen Brief des BSW-Schatzmeisters Ralph Suikat und der Parlamentarischen Geschäftsführerin Jessica Tatti, in dem Wolf ein Parteiaustritt nahegelegt wird (Tatti & Suikat, 2024). Dies führt zu einem offenen Machtkampf: Wagenknecht und ihr Bundesvorstand versuchten gezielt, Wolf zu isolieren und ihren Rücktritt zu erzwingen.

Aufgrund der zunehmenden Negativschlagzeilen, in denen insbesondere Wagenknechts Führungsstil in die Kritik gerät, welcher mutmaßlich auch Verluste bei den Zustimmungswerten zur Folge hat, wird der Konflikt schließlich durch die BSW-Parteiführung beigelegt (Vorreyer, 2024). In den Koalitionsvertrag findet letztlich ein Formelkompromiss Einzug: „CDU und SPD sehen sich in der Tradition von Westbindung und Ostpolitik. Das BSW steht für einen kompromisslosen Friedenskurs. Wenngleich wir hinsichtlich der Notwendigkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine zur Verteidigung ihrer territorialen Integrität und Souveränität unterschiedlicher Auffassung sind, eint uns das Ziel, eine diplomatische Lösung des Krieges gegen die Ukraine (...) voranzutreiben“ (CDU Thüringen, 2024). Oder, anders ausgedrückt: agree to disagree.

Die Bundestagswahl 2025

Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) ist mit 4,98 Prozent äußerst knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert (vgl. Abb. 5.1) – Es fehlen am Ende weniger als 13.500 Stimmen.¹ Der Partei gelingt es, wie keiner zuvor, im ersten Anlauf so nah an die Hürde zu kommen – ein Erfolg, den zuletzt die AfD 2013 mit 4,7 Prozent erreichte, nur sieben Monate nach ihrer Gründung.

¹ Manuskriptabgabe ist der 28. Februar 2025. Eine vollständige Analyse der Ergebnisse wird vertrauensvoll in die Hände zahlreicher Kolleginnen und Kollegen gelegt, die sich diesem Gegenstand in Zukunft widmen werden.

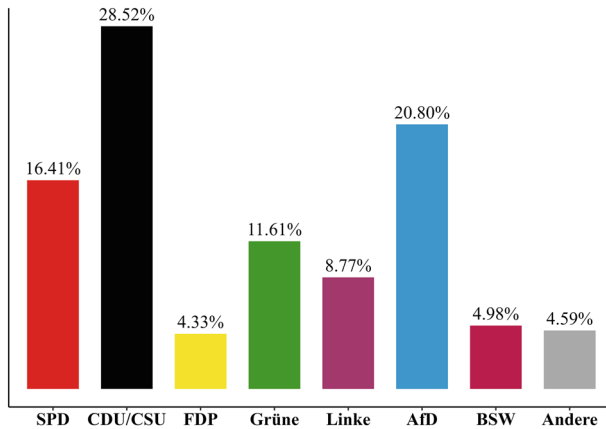


Abb. 5.1 Ergebnis der Bundestagswahl 2025. (Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Tagesschau, 2025)

Die Wahlplakat-Kampagne des BSW zur Bundestagswahl 2025 setzt stark auf Personalisierung mit Sahra Wagenknecht, deren Porträt auf allen acht Kampagnenmotiven zu sehen ist. Die Kampagne bedient konservative Themen wie Sicherheit und Migration („Unser Land wünscht sich weniger Migration“), während sozialpolitische Forderungen wie mehr Wohnungen, Rente und Gerechtigkeit ebenfalls in den Vordergrund gerückt werden. Das Thema Frieden wird pointiert dargestellt, eine Forderung nach mehr Kompetenz in der deutschen Politik zielt auf eine Abrechnung mit den etablierten Parteien ab. Auffällig ist, dass keine konkreten energie- oder wirtschaftspolitischen Forderungen aufgegriffen werden, während die Anti-Establishment-Haltung in den Plakaten mit wahlweise „Aber die alten Parteien haben versagt“ oder „Aber die alten Parteien sind taub“ deutlich wird.

Mit seiner Themensetzung hat das BSW in Teilen einen Nerv getroffen, der für die Wahlentscheidung besonders relevant war. Je 18 Prozent der Wählerinnen und Wähler geben ‘Innere Sicherheit’ und ‘Soziale Sicherheit’ als wahlentscheidendes Thema an. Weitere 15 Prozent nennen jeweils die Themenkomplexe ‘Zuwanderung’ und ‘Wirtschaftswachstum’. Mit jeweils 13 Prozent folgen ‘Umwelt und Klima’ sowie ‘Friedenssicherung’, für nur rund 5 Prozent sind gestiegene Preise von größter Bedeutung. Gleichzeitig geben nur 3 Prozent aller Befragten an, sie trauten dem BSW zu, die wichtigsten Aufgaben in Deutschland zufriedenstellend zu lösen. Insgesamt 49 Prozent aller Befragten machen die Angabe, sich

vom BSW mehr neue Ideen erwartet zu haben. Immerhin 28 Prozent machen die Angabe, sie würden es grundsätzlich gut finden, dass das BSW sich um ein gutes Verhältnis zu Russland bemühe. Dass 69 Prozent der BSW-Wählenden angeben, das Programm sei für sie der relevante Aspekt der Wahlentscheidung zugunsten der Partei gewesen (Tagesschau, 2025), ist vor dem Hintergrund der sehr starken Personalisierung auf Sahra Wagenknecht überraschend (Thomeczek, 2024b). Es lässt sich aber durchaus antizipieren, dass die inhaltliche Lücke, die das BSW sich zu füllen aufgemacht hat, in einem kleinen Spektrum durchaus Anklang findet.

24 Prozent der Befragten machen die Angabe, für sie sei der Kandidatinnen-Faktor besonders relevant in ihrer Wahlentscheidung gewesen (Tagesschau, 2025). Wagenknecht selbst war im Bundestagswahlkampf 2025 allerdings aus einer Reihe selbst- oder fremdbestimmter Aspekte weniger präsent als erwartet. Das BSW und seine Vorsitzende wurden, ähnlich wie die FDP und Linke, in wichtigen TV-Formaten ausgeschlossen, in denen nur die Kanzlerkandidaten und die AfD-Kanzlerkandidatin eingeladen wurden. Dies führt zu einem erheblichen Nachteil in der politischen Sichtbarkeit, besonders für die kleineren Parteien. Es gibt allerdings auch selbstbestimmte Aspekte. Wagenknecht erreicht zwar grundsätzlich viel Aufmerksamkeit in sozialen Medien, nutzt diese im Bundestagswahlkampf jedoch nicht aktiv, etwa durch höher frequentierte YouTube-Schaltungen (ZDF, 2025). Zudem absolviert sie bis zur Bundestagswahl nur neun Großkundgebungen, im Gegensatz zum FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, der auf insgesamt 21 Auftritte kommt. Dies zeigt, dass Sichtbarkeit nicht alles ist, aber sie ist dennoch hilfreich.

Ein weiterer Faktor, der sich nachteilig auf das BSW-Wahlergebnis ausgewirkt haben könnte, ist eine veränderte Themenlage, die es der Partei erschwert, sichtbare Schwerpunkte zu setzen. Für den Parteienwettbewerb zentral ist, dass Parteien zu gemeinhin relevanten Themen erkennbare und trennscharfe Positionen haben, die sie von anderen Akteuren abgrenzen (Magyar et al., 2023). Dabei sind Parteien allerdings auch nicht davon befreit, dass externe Ereignisse den Wahlkampf sichtbar beeinflussen können. Dazu zählt mitunter eine sich verändernde außenpolitische Lage durch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, der seit Amtsantritt den Eindruck erweckt hat, über die Zukunft der Ukraine, immerhin zentrales Thema des BSW (Heckmann et al., 2025), werde er alleine, zusammen mit dem russischen Präsidenten Putin entscheiden.

Abschließend könnte der nur langsame Fortschritt beim Aufbau der BSW-Parteiorganisation eine Rolle gespielt haben. Erfolgreiche Wahlkämpfe basieren auf einer aktiven Parteibasis (Katz & Mair, 1993; Jun, 2013). Eine Partei, die sich selbst einem langsamen Wachstum verschrieben hat und bundesweit eine

sehr geringe vierstellige Parteimitgliederzahl hat, kann, so die Annahme, keine weitgehende Schlagkraft in einem Wahlkampf entwickeln.

Das Wahlergebnis des BSW zeigt, dass es zu einem sehr respektablen Achtungserfolg durchaus ausreicht. Wie sich dies allerdings unter anderen Rahmenbedingungen entwickelt hätte, wenn die Parteiführung dies gewollt hätte, bleibt Spekulation.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Fazit und Ausblick

6

Eine Frage, welche häufig gestellt wird, lautet: Welches Ziel verfolgt Sahra Wagenknecht mit ihrer neuen Partei? Das Bündnis Sahra Wagenknecht verfolgt eine komplexe Strategie, die Elemente sowohl einer „Blackmail-Partei“ als auch einer „Koalitionspartei“ miteinander vereint. Diese Begriffe, die Giovanni Sartori (1976) in seiner Analyse von Parteiensystemen prägte, bieten einen prägnanten theoretischen Rahmen, um das politische Vorgehen des Bündnisses zu entschlüsseln. Laut Sartori zeichnet sich ein „Blackmail-Potenzial“ durch die Fähigkeit aus, den politischen Diskurs zu beeinflussen und strategischen Druck auf andere Parteien auszuüben, ohne zwingend an einer Regierungsbeteiligung interessiert zu sein. Ein „Koalitionspotenzial“ hingegen ist bestrebt, in Regierungsverantwortung zu treten, sofern ihre Bedingungen und Programme respektiert werden.

Es bleibt eine Herausforderung, das BSW aufgrund seines jungen Alters und den sich dadurch entfaltenden Dynamiken, adäquat zu klassifizieren. Dies wird umso komplexer bei Betrachtung der unterschiedlichen Signale, die durch die Parteiführung und auch Gliederungen der Partei ausgesendet werden. Dies gilt auch hinsichtlich der Frage, ob sich die Partei als künftiger Koalitionspartner andient oder eine nicht-regierende Oppositionspartei bleiben will. Das „Koalitionspotenzial“ zeigt sich grundsätzlich an der Bereitschaft, in Koalitionsgespräche einzutreten und politische Verantwortung zu übernehmen, wenn dies mit den eigenen Zielen vereinbar ist. Andererseits zeigt der Ausstieg aus den Koalitionsverhandlungen in Sachsen das „Blackmail-Potenzial“ der Partei: Es wird deutlich, dass Wagenknecht und ihr Bündnis nicht bereit sind, ihren Hauptmobilisierungsfaktor, die Ukraine-Russland-Thematik, zugunsten eines Machtgewinns zu verwässern. Das BSW steht zweifelsohne vor einem Dilemma: Hätte man sich nicht an Regierungen in Brandenburg oder Thüringen beteiligt, wären

beide Bundesländer politisch kaum regierbar geworden – schon das Beispiel der schwarz-roten Minderheitsregierung in Sachsen zeigt, wie sich die Lage in ost-deutschen Bundesländern immer weiter zuspitzt. Allerdings bedeutet ein Eintritt in eine Regierung gleichzeitig auch, Kompromisse schließen zu müssen – für eine neu gegründete Partei, die noch um ihr eigenes Profil ringt, nicht immer zwangsläufig zielführend. Wagenknecht selbst benannte diese Herausforderung am Morgen nach der Bundestagswahl.

Die geopolitische Dimension, insbesondere die Frage nach einem möglichen Frieden in der Ukraine, hat das politische Gelegenheitsfenster für das BSW vermutlich negativ beeinflusst. Der wiederholt von US-Präsident Donald Trump geforderte und möglicherweise zu erzwingende Frieden könnte das BSW wertvolle Stimmen gekostet haben, da sich mit der Annahme einer baldigen Befriedung nicht erfolgreich mobilisieren lässt. Keine Partei hat den Krieg in der Ukraine derart zum Bestandteil der eigenen Partei-DNA gemacht und sich gleichzeitig derart exponiert als Stimme der Friedensbewegung inszeniert.

Es gibt erste Anzeichen dafür, dass Wagenknecht, die immer gegen alle Widerstände weiterhin aktiv geblieben ist, auch nach dieser Niederlage nicht kampflos aufgeben wird. Es ist durchaus im Bereich des Denkbaren, dass Wagenknecht trotz des vorerst enttäuschenden Wahlergebnisses weiterhin als prägende Figur in der deutschen Politik agieren könnte. Fraglich ist, ob sie dies als Parteifunktionärin machen wird oder wieder vermehrt in der Rolle als öffentliche Intellektuelle aufgeht, die sie ohnehin zuletzt noch als Mitglied der Linken eingenommen hat.

Der Wahlerfolg des Bündnis Sahra Wagenknecht steht und fällt zweifellos mit ihrer Persönlichkeit und Führungskompetenz (Wurthmann & Wagner, 2025). Sie bleibt auch am Tag nach der Wahl das unbestrittene Zentrum der Partei – und ihre Vision prägt die politische Richtung des gesamten Projekts. Dabei bleibt ihre politische Reichweite nicht nur auf die Bundesebene beschränkt. Wagenknecht verfügt weiterhin über bestehende Einflusskanäle, insbesondere über die in den Bundesländern an den dortigen Landesregierungen beteiligten Landesverbände sowie über die Abgeordneten im Europaparlament. Dies könnte ihr helfen, weiterhin als eine einflussreiche Figur innerhalb des politischen Diskurses zu wirken, auch wenn das BSW auf Bundesebene nicht den erhofften Durchbruch im ersten Anlauf erzielt hat.

Das BSW sorgt nicht nur in Deutschland, sondern auch auf internationaler Ebene für erheblichen Aufruhr. Besonders bemerkenswert ist die mögliche Inspiration, die es für andere politische Bewegungen dargestellt haben könnte. So gründete sich im Frühjahr 2025 in Großbritannien die Gruppierung „Blue Labour“, eine konservative Abspaltung der Labour-Parteifraktion, die durchaus als ein Echo auf Wagenknechts politische Ausrichtung gedeutet werden kann.

Obwohl das BSW auf Bundesebene nicht den parlamentarischen Durchbruch erzielen konnte, hat es zumindest Aufmerksamkeit auf die sogenannte „links-konservative“ Repräsentationslücke gelenkt – eine Leerstelle, die das BSW mit seiner eigenen politischen Plattform zu füllen versucht. Dies zeigt, auch wenn das BSW auf nationaler Ebene keine Repräsentantinnen und Repräsentanten im Parlament hat, so hat es dennoch die Fähigkeit, den politischen Diskurs maßgeblich und sogar international zu beeinflussen – und das ist, wenn man so will, die eigentliche Funktion einer Blackmail-Partei. Nicht unähnlich ist es auch der AfD nach ihrem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2013 ergangen. Vier Jahre später, im Jahr 2017, gelang der AfD dann doch noch der Einzug, was möglicherweise auch für das BSW ein Lichtschein am Horizont sein kann. Dies gilt umso mehr, da das BSW derzeit Abgeordnete in drei Landesparlamenten sowie im Europaparlament sitzen hat und an zwei ostdeutschen Landesregierungen beteiligt ist.

Es bleibt abzuwarten, ob Wagenknecht selbst oder einer ihrer Vertrauten das Bündnis in Zukunft führen wird, um sich den Herausforderungen der politischen Landschaft zu stellen. Jedenfalls zeigt das gesamte Experiment, dass das BSW, auch wenn es mit Rückschlägen konfrontiert ist, keineswegs als politischer Akteur von geringer Bedeutung abgetan werden kann. Die bis heute stehenden Wahlerfolge bleiben ein exemplarisches Beispiel dafür, dass das deutsche Parteiensystem auch in Zukunft vor neuen Veränderungen stehen wird. Das letzte Wort über die Zukunft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit und seiner Gründungsvorsitzenden Sahra Wagenknecht ist damit sicherlich noch nicht gesprochen.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Was Sie aus diesem *essential* mitnehmen können

- Das BSW ist eine links-konservative Partei, dessen Profil linke Sozialpolitik mit konservativer Gesellschaftspolitik verbindet.
- In Westeuropa besetzt das BSW mit einem Profil eine ideologische Nische, in der es kaum weitere Parteien gibt, in Osteuropa hingegen schon.
- Gründerin Sahra Wagenknecht und die Position der Partei zum Ukraine-Krieg sind Treibfeder ihres Erfolgs.
- Die Parteiorganisation entspricht dem Vorbild einer führungszentrierten Kaderpartei.
- Trotz des vorläufigen Scheiterns bei der Bundestagswahl im Februar 2025 konnte das BSW in den ersten 13 Monaten in Rekordgeschwindigkeit Erfolge verbuchen und seine Präsenz unterstreichen.

Literatur

- Arzheimer, K. (2024). ‚Germany’s 2024 EP elections: The populist challenge to the progressive coalition‘. In G. Ivaldi & E. Zankina (Hrsg.), *2024 EP Elections under the Shadow of Rising Populism* (S. 179–191). European Center for Populism Studies (ECPS). <https://doi.org/10.55271/rp0071>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Bieber, C., & Lewitzki, M. (2012). ‚Die Piratenpartei: Organisieren ohne Organisation?‘ In Korte, K.-R. & Treibel, J. (Hrsg.), *Wie entscheiden Parteien?* (S. 219–248). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- BR. (2022). ‚Nach Wagenknecht-Rede zu Russland: Zerreißprobe für die Linke‘. *BR*. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/nach-wagenknecht-rede-zu-russland-zerreissprobe-fuer-die-linke,TH8LY1Y>. Zugegriffen: 29. Jan. 2025.
- BSW (2025). Unser Land verdient mehr. Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit.
- Braband, C., & Candeias, M. (2024). *Nach der Trennung. Eine Anti-Establishment-Partei? Zur Verortung des «Bündnis Sahra Wagenknecht» im Parteiensystem*. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Buchsteiner, R., & Feldenkirchen, M. (2024). ‚Bündnis Sahra Wagenknecht: Protokoll einer Parteigründung‘. *Der Spiegel*, 23/2024.
- Busemeyer, M. R., Rathgeb, P., & Sahm, A. H. J. (2022). ‚Authoritarian values and the welfare state: The social policy preferences of radical right voters‘. *West European Politics*, 45(1), 77–101. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1886497>.
- CDU Thüringen. (2024). *Regierungsvertrag 2024–2029. Mut zur Verantwortung. Thüringen nach vorne bringen. Zwischen CDU, BSW und SPD im Freistaat Thüringen*. <https://www.cdu-thueringen.de/Dateien/regierungsvertrag-2024-2029-mut-zur-veraenderung-thueringen-nach-vorne-bringen/17789477>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Dassonneville, R., Hooghe, L., & Marks, G. (2024). ‚Transformation of the political space: A citizens’ perspective‘. *European Journal of Political Research*, 63(1), 45–65.
- Debes, M. (2024). ‚Die Frau, die Sahra Wagenknecht die Stirn bietet‘. *Stern*. <https://www.stern.de/politik/deutschland/sahra-wagenknechts-gegnerin-katja-wolf--was-treibt-die-thueringerin-an--35187854.html>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Debus, M., & Wurthmann, L. C. (2024). ‚LGB+ identity and its implications for the policy positions of parliamentary candidates‘. *European Political Science Review*, 16(4), 483–502.

- Deutscher Bundestag (2025). ‚Dr. Sahra Wagenknecht, Gruppe BSW‘. https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/W/wagenknecht_sahra-858202. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Dolif, N. (2024). ‚Warum grüner Trittin-Vertrauter nach 41 Jahren zum BSW wechselt‘. <https://www.morgenpost.de/berlin/article406926712/warum-ein-gruener-nach-41-jahren-zum-buendnis-sahra-wagenknecht-wechselt.html>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Duell, D., Kaftan, L., Proksch, S. O., Slapin, J., & Wratil, C. (2023). Communicating the rift: Voter perceptions of intraparty dissent in parliaments. *The Journal of Politics*, 85(1), 76–91.
- Enns-Jedenastik, L. (2018). Welfare chauvinism in populist radical right platforms: The role of redistributive justice principles. *Social Policy & Administration* 52(4), 293–314.
- Forschungsgruppe Wahlen (2018). *Politbarometer 2017 (Kumulierter Datensatz)*. *GESIS Datenarchiv, Köln*. ZA6988 Datenfile Version 1.2.0. <https://doi.org/10.4232/1.13170>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Forschungsgruppe Wahlen (2019). *Politbarometer 2018 (Kumulierter Datensatz)*. *GESIS Datenarchiv, Köln*. ZA7492 Datenfile Version 1.1.0. <https://doi.org/10.4232/1.13420>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Forschungsgruppe Wahlen (2020). *Politbarometer 2019 (Kumulierter Datensatz)*. *GESIS Datenarchiv, Köln*. ZA7599 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13603>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Forschungsgruppe Wahlen (2023). *Politbarometer 2022 (Kumulierter Datensatz)*. *GESIS, Köln*. ZA7970 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.14103>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Forschungsgruppe Wahlen (2024). *Politbarometer 2023 (Kumulierter Datensatz)*. *GESIS, Köln*. ZA8785 Datenfile Version 1.0.1. <https://doi.org/10.4232/1.14405>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Forschungsgruppe Wahlen (2025). *Politbarometer 2021 (Kumulierter Datensatz)*. *GESIS, Köln*. ZA7856 Datenfile Version 1.1.0. <https://doi.org/10.4232/1.14464>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Franzmann, S. T., Kasten, N., & Hensel, A. (2024). ‚(K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)‘. *Demokratie-Dialog*, 14, 12–25.
- Gaschke, S. (2024). ‚Das Bündnis Sahra Wagenknecht zeigt sein wahres Gesicht‘. <https://www.nzz.ch/der-andere-blick/das-bsw-zeigt-sein-wahres-gesicht-landeschefin-wolf-uns-anft-auf-kurs-gebracht-sein-wahres-gesicht-ld.1855819>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Grothe, L. (2024). ‚Nach Streit um Aufnahme: BSW Thüringen darf zusätzliche Mitglieder benennen‘. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/bsw-mitglieder-machtkampf-100.html>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Heckmann, L., Wurthmann, L. C., & Wagner, S. (2025). ‚Who’s afraid of Sahra – Understanding the shift in votes towards Germany’s Bündnis Sahra Wagenknecht‘. *Research & Politics*, 12(1).
- Hillen, S., & Steiner, N. D. (2020). ‚The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support: The case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in Western Europe‘. *European Journal of Political Research*, 59(2), 331–353.

- Hilmer, R., & Gagné, J. (2018). ‚Die Bundestagswahl 2017: GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland‘. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(2), 372–406.
- Hirndorf, D. (2024). ‚„Wovor sich die Deutschen fürchten...“‘. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Holzhauser, T. (2024). ‚Nicht links oder rechts, sondern beides? Das Bündnis Sahra Wagenknecht nach der Europawahl‘. *IRFI PAPERS, NOTES DU CERFA*, 178.
- Hooghe, L., Marks, G., Bakker, R., Jolly, S., Polk, J., Rovny, J., Steenbergen, M., & Vachudova, M. A. (2024). ‚The Russian threat and the consolidation of the west: How populism and eu-skepticism shape party support for Ukraine‘. *European Union Politics*, 25(3).
- Höhne, B. (2012). ‚Parteienfamilien als Ideal- und Realmodell: Politikwissenschaftlicher Anachronismus oder Forschungsansatz mit Zukunft‘. In U. Jun & B. Höhne (Hrsg.), *Parteienfamilien – Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett* (S. 11–33). Verlag Barbara Budrich.
- Hujer, M. (2017). ‚Linksverkehr‘. *Der Spiegel*, 30, 32–36.
- Jankowski, M. (2024). ‚Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht–Eine Analyse basierend auf Paneldaten‘. *Politische Vierteljahresschrift*, 1–23.
- Jesse, E. (2018). ‚Die Bundestagswahl 2017 und die Regierungsbildung. Zäsur im Wahlverhalten, im Parteiensystem und in der Koalitionsbildung‘. *Zeitschrift für Politik*, 65(2), 168–194.
- Jesse, E., & Lang, J. P. (2012). *DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?* Olzog.
- Jun, U. (2013). ‚Typen und Funktionen von Parteien‘. In Niedermayer, O. (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, 119–144. Springer VS.
- Lipset, S., M., & Rokkan S. (1967). ‚Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction‘ In Rokkan, S., & Lipset, S. M. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* 1–64. Free Press.
- Katz, R. S., & Mair, P. (1993). ‚The evolution of party organizations in Europe: The three faces of party organization‘. *American Review of Politics*, 14, 593–617.
- March, L. (2012). *Radical Left Parties in Europe*. Routledge.
- Maurer, A. (2025). *Wut und Widerspruch. Wie Sahra Wagenknechts riskanter Kampf um die Macht die Republik erschüttert: Ein Bericht*. Droemer.
- Marks, G., Hooghe, L., Nelson, M., & Edwards, E. (2006). ‚Party competition and European integration in the East and West: Different structure, same causality‘. *Comparative Political Studies*, 39(2), 155–175.
- Magyar, A., Wagner, S., & Zur, R. (2023). ‚Party strategies: Valence versus position‘. In Carter, N., Keith, D., Sindre, G. M., & Vasilopoulou, S. (eds), *The Routledge handbook of political parties*, 199–210. Routledge.
- Neu, V. (2004). *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*. Nomos Verlagsgesellschaft.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge University Press.
- Otjes, S. (2019). ‚What is left of the radical right? The economic agenda of the Dutch Freedom Party 2006–2017‘. *Politics of the Low Countries*, 1(2), 81–102.
- Pfahl-Traughber, A. (2019). *Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*. Springer VS.

- Pickel, S., Celik, K., & Decker, O. (2024). ‚Verwahrloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland‘. In Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment*, 181–206. Psychosozial-Verlag.
- Roose, J. (2024). ‚Öfter mal was Neues. Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)‘. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Rathgeb, P. (2020). ‚Makers against takers: The socio-economic ideology and policy of the Austrian Freedom Party‘. *West European Politics*, 44(3), 635–660. <https://doi.org/10.1080/01402382.2020.1720400>.
- Rathgeb, P. (2024). ‚Wie die radikale Rechte den Wohlfahrtsstaat verändert‘. *Sozialpolitik-blog*. <https://difis.org/blog/?blog=138>. Zugegriffen: 07. Nov. 2024.
- Roose, J. (2024b). *Öfter mal was Neues: Die Wählerschaft der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)*. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Rosset, J., & Kurella, A. S. (2021). ‚The electoral roots of unequal representation. A spatial modelling approach to party systems and voting in Western Europe‘. *European Journal of Political Research*, 60(4), 785–806.
- Rovny, J. (2013). ‚Where do radical right parties stand? Position blurring in multidimensional competition‘. *European Political Science Review*, 5(1), 1–26.
- Rucht, D. (2019). ‚Aufstehen mit oder ohne aufstehen?‘ *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32(1), 8–18.
- Rydgren, J. (2006). ‚Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark‘. In F. Decker (Hrsg.), *Populismus*, 165–190. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90163-3_8.
- Sartori, G. (1976). *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis* (Bd. 1). Cambridge University Press.
- Schneider, C. (2019). *Sahra Wagenknecht: Die Biografie*. Campus.
- Schönberger, S. (2024). ‚There’s a new kid in town – das Bündnis Sahra Wagenknecht als Herausforderung für das Parteienrecht: PRUF Working Paper No. 5‘. *PRUF Working Papers*.
- Siggelkow, P. (2024). ‚Auf Linie mit der russischen Propaganda‘. *Tagesschau*. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/bsw-wagenknecht-ukraine-russland-100.html>. Zugegriffen: 16. Jan. 2025.
- SPD Brandenburg. (2024). *Brandenburg voranbringen – Bewährtes sichern. Neues schaffen. Gemeinsamer Koalitionsvertrag von SPD Brandenburg und BSW Brandenburg*. https://spd-brandenburg.de/wp-content/uploads/sites/111/2024/12/20241210_Koalitionsvertrag_SPD_BSW_Endstand_unterzeichnet.pdf. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Spiegel. (2018). *Linke Bewegung „Aufstehen“ Wagenknechts Gefährten*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-die-sammlungsbewegung-aufstehen-und-ihre-unterstuetzer-a-1223525.html>. Zugegriffen: 25. Febr. 2025.
- Steiner, N. D., & Hillen, S. (2021). ‚Vote choices of left-authoritarians: Misperceived congruence and issue salience‘. *Electoral Studies*, 70, 102280.
- Steiner, N. D., & Hillen, S. (2024). ‚Who Votes for the Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)? A Policy-Space Perspective‘. Discussion paper No. 2413. Johannes Gutenberg University Mainz.

- Süddeutsche Zeitung (2019). ‚Skeptiker der Wiedervereinigung: „Und dann gab es kein Halten mehr“‘. <https://www.sueddeutsche.de/politik/wiedervereinigung-mauerfall-linke-1.4669024>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Tagesspiegel. (2022). ‚Sahra Wagenknecht hat sich mit Corona angesteckt‘. <https://www.tagesspiegel.de/politik/sahra-wagenknecht-hat-sich-mit-corona-angesteckt-8017621.html>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- t-online. (2024). ‚Umstrittene Linken-Politikerin‘. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100174378/sahra-wagenknecht-wie-die-linken-politikerin-mit-25-jahren-aussah.html. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Tagesschau. (2024a). ‚Wer wählte das BSW – und warum?‘. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-bsw.shtml>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Tagesschau. (2024b). ‚Brandenburg. Wer wählte das BSW – und warum?‘. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/umfrage-bsw.shtml>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Tagesschau. (2024c). ‚Sachsen. Wer wählte das BSW – und warum?‘. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/umfrage-bsw.shtml>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Tagesschau. (2024d). ‚Thüringen. Wer wählte das BSW – und warum?‘. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-bsw.shtml>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Tagesschau. (2025). ‚Deutschland. Bundestagswahl 2025‘. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/>. Zugegriffen: 24. Febr. 2025.
- Tatti, J., & Suikat, R. (2024). ‚Erste Risse im BSW? Sie tapen in eine Falle‘. *t-online*. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100519878/bsw-suiikat-und-tatti-beklagen-thueringen-kompomiss-mit-cdu-und-spd.html. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Thomeczek, J. P. (2024a). ‚The Voting Potential of Bündnis Sahra Wagenknecht‘. *Political Studies Review*. <https://doi.org/10.7910/dvn/7pbjs9>.
- Thomeczek, J. P. (2024b). ‚Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian— and Populist? An Empirical Analysis‘. *Politische Vierteljahresschrift*, 1–18.
- Thomeczek, J. P., Wurthmann, L. C., & Stecker, C. (2024). GEPARTEE – German Parties before the European Elections 2024. *Harvard Dataverse*. <https://doi.org/10.7910/dvn/7pbjs9>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Träger, H. (2019). ‚Neue innerparteiliche Konflikte in der LINKEN und Wagenknechts Bewegung Aufstehen‘. *Regierungsforschung.de*. <https://www.regierungsforschung.de>. Zugegriffen: 29. Jan. 2025.
- Träger, H. (2020). ‚Die Linke zwischen internen Konflikten, der ersten Koalition im Westen, Niederlagen im Osten und dem Ramelow-Effekt‘. In Jun, U., & Niedermayer, O. (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017: Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland*, 159–186. Springer VS.
- Vorreyer, T. (2024). ‚Das BSW verordnet sich Frieden‘. *Tagesschau*. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bsw-thueringen-brandenburg-100.html>. Zugegriffen: 11. Febr. 2025.
- Wagenknecht, S. (1992). ‚Marxismus und Opportunismus. Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute‘. *Weißenseer Blätter*, 4, 12–26.

- Wagenknecht, S. (2012). *Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm-für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt: Campus.
- Wagenknecht, S. (2012). *Freiheit statt Kapitalismus: über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft*. Frankfurt: Campus.
- Wagner, S. (2022). ‚Eurocepticism as a radical left party strategy for success‘. *Party Politics*, 28(6), 1069–1080. <https://doi.org/10.1177/13540688211038917>.
- Wagner, S., Wurthmann, L. C., & Thomeczek, J. P. (2023). ‚Bridging left and right? How Sahra Wagenknecht could change the German party landscape‘. *Politische Vierteljahresschrift*, 64(3), 621–636.
- Wolf, A. (2024). ‚Ralph Suikat: Familie, Vermögen, Lebenslauf‘. https://praxistipps.focus.de/ralph-suikat-familie-vermoegen-lebenslauf_171258. Zugriffen: 11. Febr. 2025.
- Wurthmann, L. C. (2025). ‚Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)‘. In F. Decker & V. Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*. Springer VS, in Vorbereitung.
- Wurthmann, L. C. (2022). *Wertorientierungen und Wahlverhalten: Effekte gesellschaftlicher Wertorientierungen bei den Bundestagswahlen 2009–2017*. Springer VS.
- Wurthmann, L. C., & Thomeczek, J. P. (2025). *Umbrüche im deutschen Parteiensystem: Eine (neue) populistische Herausforderung?* Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.
- Wurthmann, L. C., & Wagner, S. (2024). ‚On the association of attitudes towards NATO and weapon deliveries for Ukraine with vote intentions in Germany‘. *German Politics*, 1–24.
- Wurthmann, L. C., & Wagner, S. (2025). ‚Much Ado About Nothing? Understanding Germany’s Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) Potential Voters‘. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*.
- ZDF. (2024). ‚Geplatze Sondierung: Brombeer-Aus in Sachsen – was jetzt?‘. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/sondierung-sachsen-scheitern-suche-ministerpraesident-100.html>. Zugriffen: 11. Febr. 2025.
- ZDF. (2025). ‚Bei Followern liegen Wagenknecht und Weidel vorn‘. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundestag-abgeordnete-follower-wagenknecht-weidel-soziale-medien-100.html>. Zugriffen: 24. Febr. 2025.